



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1913

165 (10.4.1913) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-158321](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-158321)

Monument: 70 Pfg. monatlich.
Beleglohn 30 Pfg. durch die
Post inkl. Postzuschlag Nr. 3.42
pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonell-Beile 30 Pfg.
Reklame-Beile 1.20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 165.

Mannheim, Donnerstag, 10. April 1913.

(Abendblatt.)

Glossen über den „Wehrbeitrag“.

Von Landrat Dr. Carl, R. d. R. (Coburg).
(Schluß.)

Im Jahre 1908 hat die Regierung bei Einbringung der großen Reichsfinanzreform den Gedanken einer Wehrsteuer wenigstens in den damaligen Nachlasssteuerverordnungen hineingewoben. Bei den jetzigen Vorlagen ist diese Idee, die damals unter den Tisch fiel, mit keinem Wort erwähnt. Wenn wir jetzt auf die Wiederherstellung der im Laufe der Zeit verfallenen allgemeinen Wehrpflicht, des großen Hebeis unserer heutigen Stellung in der Welt mit energischen Schritten zugehen, sollte sich da nicht mit einer der Besteuerungsmaßnahmen der ausgleichende Gedanke einer Besteuerung der vom Militärdienst freigestellten Personen in irgendeiner Form verbinden lassen? Kann man nicht einen Zuschlag zum Wehrbeitrag für die genannten Kategorien, natürlich nicht für die notorischen Krüppel, einführen? Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich solcher Art erhebliche technische Schwierigkeiten entgegenstellen würden.

So gibt es wohl noch manche in der Kommission zu erwerbenden Verbesserungen, manche Wünsche, die, ohne die Vorlage zu sehr zu belasten, dem Grundsatz der gerechten Verteilung auf die leistungsfähigen Schultern Rechnung tragen.

Die Umlegung des Wehrbeitrags nach diesen Prinzipien ist abgesehen von allgemeinen Grundsätzen aber auch durch die Tatsache geboten, daß der Entwurf betr. Änderungen im Finanzwesen das Aufkommen durch den Wehrbeitrag zur Grundlage des geplanten Verteilungsmassstabes für die 80 Millionen „veredelter“ Matrularbeiträge nimmt.

Über diese wird sich im Reichstag wohl der heftigste Kampf entzünden. Sie sind wie die bisherigen rohen, nach der Kopfzahl der Bevölkerung zur Erhebung gelangenden Matrularbeiträge, die Bismarck als vorübergehenden Notbehelf ansah, nur ein Verlegenheitsprodukt. Wie so manches im politischen Leben haben sich die Matrularbeiträge aber leider als „vorübergehende Erscheinungen“ nicht erwiesen, sie sind inzwischen zu einem Faktor der Einzelstaaten geworden, das ihnen die Sicherheit ihres Budgets immer aufs Neue bedroht. Das wird nicht besser werden, wenn das Reich nun künftighin den Einzelstaaten gegenüber als Doppeltönniger auftreten soll, einmal als ungeschädigter Tribut-

heischer, der nach der Kopfzahl Abgaben fordert, dann als stiller Erbe, der „veredelt“ an die Türen der Landessteuerzahler pocht.

Für die Art dieser Veredelung soll nun nach der Regierungsvorlage die Höhe des in den Einzelstaaten aufgenommenen Wehrbeitrags maßgebend sein. Der Verteilungsmassstab soll aber allein aus dem festgestellten Vermögensstand entnommen werden. Der Ertrag des Wehrbeitrags, der aus dem gleichfalls zum Wehrbeitrag herangezogenen hohen Einkommen fließt, soll dabei nicht berücksichtigt werden.

Das scheint mir ein recht unvollkommener Veredelungsmassstab zu sein, da die Leistungsfähigkeit eines Landes sich nicht allein in der Höhe der dort festgestellten Vermögen ausdrückt, sondern besser noch nach der Höhe und Zahl der dort vorhandenen Einkommen beurteilt werden muß. An dieser Unvollkommenheit wird dadurch sicher nichts geändert, daß nach der Vorlage der Bundesrat von Zeit zu Zeit — und zwar ohne Mitwirkung des Reichstags — den Verteilungsmassstab ändern kann.

Ob sich das Parlament eine Ausschaltung auf diesem Gebiet gefallen lassen wird, steht dahin, jedenfalls würde es aber im Interesse der Gerechtigkeit wünschen müssen, daß eine Veredelung der Matrularbeiträge, wenn solche überhaupt Entate findet, nicht allein auf den Ertrag des Wehrbeitrags aus dem Vermögen ausgebaut, sondern daß auch das Einkommen mit berücksichtigt werde.

Also auch aus diesem Grunde kann man von einer sorgfältigen Prüfung des Wehrbeitragsvorschlages nach der Richtung der Einbeziehung des Einkommens in den Verteilungsmassstab nicht absehen.

Sonst würde leicht zu Ungunsten kleinerer Staaten, die nur wenig große Einkommen in ihren Staatseinkünften zu Buche stehen haben, dafür aber zahlreiche kleine, oft gar nicht wachsende Vermögen von Pensionären oder dgl. beherbergen, die Quoten der leistungsfähigeren, größeren Staaten, deren Fiskus aus beiden Quellen trinken kann, zu niedrig bemessen werden. Das würde doppelt ungerecht wirken, da den größeren Staaten zur Aufbringung ihrer Quoten zahlreichere Besteuerungsquellen fließen (z. B. Einkommensteuererhöhung, Gewerbesteuer pp.) als den kleineren, denen angeht die der nach oben und nach unten kaum mehr anzuspannenden Einkommenssteuerkraft ihrer Bewohner allein die Vermögens- oder die Dejudensteuer übrig bleibt.

Mag auch diese Betrachtung vielleicht überflüssig erscheinen, da für die Veredelung der Matrularbeiträge im Reichstag noch wenig Stim-

mung zu sein scheint, übergangen werden dürfen diese Bedenken doch nicht. Sie erschweren zwar in gewisser Beziehung die an sich erwünschte einfache Gestaltung des Wehrbeitrags, sie sprechen aber nicht gegen dessen Prinzip überhaupt und wollen nur seinem gerechten Aufbau nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit Vorschub leisten.

Im übrigen darf der bestimmten Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstages durch rasche Durchführung der Beratung namentlich der einmaligen Mehrkosten den Ausland gegenüber den imposanteren Eindruck noch vertiefen werden, den die Annahme des wesentlichen Inhalts der Wehrvorlage selbst hervorzuheben soll und wird.

Das ist auch ein Teil der ersten Vereinstimmungen, die in diesen Tagen unser deutsches Volk befeuert und von der nur die Genossen in glänzender Vereinigung keinen Hauch spüren. Habeant sibi!

Die Verschmelzung der Arbeitgeberverbände.

Ziemlich geräuschlos hat sich in diesen Tagen eine Verschmelzung zweier großer Organisationen vollzogen, die seit ungefähr zehn Jahren gleichen Zielen auf getrennten Wegen zustrebten. Es handelt sich um den Zusammenschluß der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ und des „Bereins Deutscher Arbeitgeberverbände“ zu einer einheitlichen Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Dieses Ereignis ist für die künftige Gestaltung der Arbeits- und Lohnkämpfe in Deutschland von einschneidender Bedeutung. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wird von jetzt ab als die kraftvolle, in jeder Hinsicht auf breiter Basis aufgebauete zentrale Organisation des Unternehmertums in Deutschland anzusehen sein. Sie umfaßt die kapitalstarke Großindustrie u. auch die große Masse der mittleren und kleineren gewerblichen Unternehmungen. Die Großindustrie konnte ihre Interessenvertretung — soweit es sich um Arbeiterfragen handelte — in der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“, dem Anhängel des „Zentralverbandes Deutscher Industrieller“. Die mittleren und kleineren Gewerbebetriebe waren für die gleichen Zwecke im „Berein Deutscher Arbeitgeberverbände“ organisiert, der wiederum dem „Bund der Industriellen“ nachstand. Der Zusammenschluß dieser beiden großen Arbeitgeberorganisationen ruft das Interesse an ihrer Entstehungsgeschichte wach.

Das rasche Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen hat schon sehr früh in deutschen Unternehmerkreisen den Wunsch entzünden lassen, die in lokalen und Bezirksarbeiterverbänden vorhandenen Kräfte zu einem Zentralverbande zusammen zu fassen und den Arbeitnehmerorganisationen gegenüber zu stellen. Die Wunschedigkeit der Interessen der einzelnen Gruppen der Arbeitgeber auf anderen wirtschaftspolitischen Gebieten — hauptsächlich ihre verschiedene Stellungnahme zu den Fragen der Zoll- und Handelspolitik — hat lange Zeit eine großzügige Organisation zum Zwecke der Vertretung des Unternehmertums gegenüber der Arbeiterschaft als unerreichbar erscheinen lassen. Nur ein Druck von außen her konnte die Überwindung der mannigfachen Bedenken ermöglichen.

Die Frage des Zusammenschlusses der Deutschen Arbeitgeberverbände wurde akut im Winter 1903/04 im Anschluß an die besonderten Erscheinungen, die ein Lohnkampf in Grimstschau im Gefolge hatte. Fünf Monate lang rangen damals 7000 Weber vergeblich um den Feinstaubtag. Da ihre eigenen Mittel für einen Kampf von dieser langen Dauer viel zu unbedeutend waren, riefen sie die übrige deutsche Arbeiterschaft um tatkräftige Unterstützung an. In kurzer Zeit konnten ihnen mehrere Hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt werden. Dies veranlaßte den Grimstschauer Fabrikantenverein vom Verband sächsischer Industrieller und von den den deutschen Textilindustriellen finanzielle Hilfe zu erbitten. Daraufhin nahm sich der Zentralverband deutscher Industrieller der Sache an, mit dem Erfolge, daß ebenfalls bedeutende Summen für die durch den Lohnkampf gefährdeten Fabrikanten aufgebracht wurden. Gleichzeitig wurde für die Gründung eines großen deutschen Arbeitgeberverbandes agitiert. Mitte Januar 1904 wurde von den Vertretern zahlreicher Unternehmerorganisationen in Berlin die Gründung des deutschen Arbeitgeberverbandes schon beschlossen. Dies gab den Grimstschauer Webern Veranlassung, den unter schweren Opfern fünf Monate lang geführten Streik bedingungslos abzubrechen. Die geplante Verbandsgründung vollzog sich nicht so glatt, wie man ursprünglich gehofft hatte. In beiden Lagern zeigte sich eine starke Opposition gegen den Zusammenschluß. Der Zentralverband ging schließlich ganz selbständig vor und gründete eine „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ und motivierte dies damit, er habe nicht zugeben dürfen, daß neben und vollkommen unabhängig von ihm eine andere, womöglich auf breiter Grundlage ruhende Vereinigung sich bilde, deren Leitung die Möglichkeit hätte, im Verlaufe der

Seniileton.

Napoleon vor den Befreiungskriegen.

Gleichweit von den beiden Extremen entfernt, der überschwänglichen Selbstverehrung, wie sie in einem Heine etwa einen heineke trivolen Ausdruck gefunden und dem blindwütenden Hoffe der Dreizehnter, welchen das Maß des Staatsrechts für den großen Eroberer eben noch angemessen schien, haben wir nachgeborene mit weiterer zeitlicher Entfernung der geschichtlichen Erscheinung Napoleons gegenüber auch ein von Empfindungen freies geschichtliches Urteil gefunden. Zu deutlich erkennen wir die mannigfachen Forderungen, welche unsere deutsche Geschichte, unsere politische Kultur durch den Vorträger der neuen sozialen Ordnung erfordern. Und trennt ein eigentlich erst aus jener Zeit herabgeborntes, im 19. Jahrhundert groß gewordenen Nationalgefühl durch eine Luft von jenem weltbürgerlichen, züchtigen Geschlechte, dem er die Wunden von Jena und Tilsit geschlagen, und dem allerschwachen Ordensmaß, dem er mit dem Abwind den Todesstoß versetzt hat, weinen wir im Besitze des neuen Reiches keine Träne nach. Es ist uns eine Schulweisheit geworden, daß — nach Bismarck — Napoleon des Nationalgefühls erst aus uns „herausgepeitscht“ hat, der Tod von

Jena erst der Anstoß zur Wiedergeburt im politischen und geistigen Sinne geworden ist. Napoleon hat nie an eine deutsche Nation geglaubt; Vaterlandsliebe ist noch dem Untergang seines kaiserlichen Ideals ihm überhaupt etwas fremdes geblieben; für ihn war sie einfach ein Teil jener zum eigenen Verderb so gründlich verdrängten „Ideologie“. Einzige die Macht der Taten hätte ihn belehren können. Aber wie waren die Befreiungskriege? Während in Berlin nicht einen norddeutschen akademischen Zuhörer auf dem unangenehmen Wege wissenschaftlicher Demonstration beweisen wollte, daß es so etwas wie deutsche Vaterlandsliebe gibt, folgten die Führer der kleinen deutschen Staaten dem mit Vaterlandsliebe kaum verstandenen kaiserlichen Selbsterhaltungstrieb, der Staatsraison, ohne daß sich ein deutsches Gefühl ihrer Völker gegen den Projektor der neuen staatlichen Ordnung ausgelassen hätte.

Die Nichtachtung der Seele in den Völkern, an welche aus die tägliche Erfahrung wie der individuelle Verlauf der Staatengeschichte zu glauben zwingt, aus welcher die oberste Weismacherei, die mechanische Behandlung völkischer Bedürfnisse hervorging, ist der größte und verhängnisvollste Mangel des napoleonischen Systems. Aus ihrer ungenügenden Einschätzung völkischer Werte muß jede tiefere geschichtliche Betrachtung den Zusammenbruch der napoleonischen Politik herleiten. Als Napoleon aufgehört, Träger der politischen Ideen der Revolution zu sein, als sein egoistisches Wollen, sein bismarckischer Nachbaurst

alle großen Zwecke verschlungen hat, bereitet ihm die der Bewirkung übernatürlicher Ideen zustrebende Geschichte den Sturz, und stellt das heilige Recht jeder mündigen Nation auf Selbstbestimmung unter das Schwert des Völkerrandes von 1813. Und merkwürdig schälen sich jetzt in Gestalt unerhörter Irrtümer die funktionsfehler einer bisher mit wunderbarer Sicherheit arbeitenden Weltanschauung, die in der Einschätzung realer Verhältnisse kaum je fehlgegangen war, sondern den Erfolg oft schon im voraus sicher gestellt hatte. Noch schlimmer, daß es für Napoleon keine Befreiung aus dem Mißerfolg von 1812 gab, welcher noch Ranke in der Unbegreiflichkeit des Dreißigjährigen Krieges, dynastischen und nationalen Gerüche begründet liegt, welche damals nirgends so stark waren wie in Rußland. Hierbei haben die gewiß auch mangelhaften Verpflegungserhältnisse und die 17 Grad unter Null wenig zu bedeuten, diese technischen Faktoren wirkten erst, als ein normaler napoleonischer Feldzug schon längst hätte entzünden sein müssen. Der Fehler lag in der Unlösbarkeit der Aufgabe überhaupt, Rußland zur Durchführung der Kontinentalperre zu zwingen. Napoleon hat nicht erkannt, daß hier mehr als ein Feldzug verloren war. Die Wirkungen dieses Ereignisses, die Wendung in seiner Laufbahn kamen ihm nicht zum Bewußtsein. Aus den mit dieser Verurteilung zu gebrauchenden mündlichen und schriftlichen Äußerungen jener Tage geht unbedingt hervor, daß es sich für ihn nur um eine Niederwerfung des russischen Gegners handelte. Sein

grenzenloser Optimismus, der ihn durch die Schicksalsmacht von Waterloo bis auf den abgezeichneten Felsen von St. Helena begleitete, läßt den Gedanken an einen Widerstand, den seine Eroberungspolitik nach dem Mißerfolg in Frankreich endlich finden konnte, gar nicht aufkommen; im Schlimmen, der ihn durch Deutschland trägt, rohnert er im Geiste mit den neuen 500 000 Mann, welche ihm sein Frankreich und seine Verbündeten zur Verfügung stellen werden. In Dresden diktierte er in Eile jenen Brief vom 14. Dezember an seinen Verbündeten, den preussischen König, und spricht als Beweis seines „unbegrenzten Vertrauens“ zur Politik des Königs, die Aufforderung aus, seine Hilfstruppen auf 30 000 Mann zu vermehren. Kein Zweifel, daß Napoleon wirklich den König von Preußen in seiner politischen Rechnung für sich einstellte, die Tendenzen des Widerstandes gegen eine solche königliche Politik, welche ihm nicht verborgen blieben, sind ihm als Ideologie nicht gefährlich. In Paris angekommen erfüllt er durch seine unerhörte Tätigkeit, der gefesselt zur Schon getroffenen Ruhe den Kommenden gegenüber mit dem Glauben an seinen Erfolg; seine offizielle Darstellung an den Senat, die Arme hat große Verluste erlitten, aber nur infolge der trübseligen Strenge des Winters — so unwahr sie ist — ist bei der um einen Ständeband nie verlegenen öffentlichen Meinung reich populär geworden, soweit wenigstens, daß die Rüstungen für den neuen Feldzug nicht in Frage gestellt waren. Das Schreiben, welches dann am 18. Januar an alle Rhein-

Zeit ihre Tätigkeit auf alle vom Zentralverband bearbeiteten Gebiete auszudehnen. Die Gegenpartei gründete bald darauf den „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“.

Wenn sich auch die Ziele beider Organisationen decken — was recht deutlich in der wöchentlichen Nebereinstimmung einer Reihe statutarischer Bestimmungen zum Ausdruck kommt — so bleiben ihre gegenseitigen Beziehungen doch auf das im Dezember 1904 vereinbarte Kartellverhältnis beschränkt. In den folgenden Jahren hat der „Verein“ noch starken Zuzug — vornehmlich aus Kreisen des Handwerks — erhalten, während die Hauptstelle, deren Hauptstärke in ihrer Kapitalkraft besteht, an Mitgliedern nur wenig zugenommen hat.

Eine wirtschafts- und sozialpolitische bedeutsame Frage schließt sich an diese Gründung. Was werden die Arbeiter tun? Wird die in aller Eile vollzogene Verschmelzung der Arbeitgeberverbände die Organisationen der Arbeitnehmer bewegen, ebenfalls den gegenseitigen Kampf einzustellen und der zentralen Vereinigung der Unternehmer eine gleichwertige Organisation gegenüberzustellen? Kenner der Verhältnisse glauben nicht, daß es gelingen könnte, die drei großen Gruppen von Arbeitnehmerverbänden, die freien, die christlichen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften zu einer einheitlichen Organisation zu vereinigen. Doch halten sie es für möglich, daß durch weitgehende Kartellverträge der Boden für künftiges gemeinsames Arbeiten vorbereitet werde.

Die neugegründete „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ rechnet angeblich mit einer Jahreseinnahme von 400 000 Mark. Als Beitrag werden 20 v. T. des Lohnes der beschäftigten Arbeiter erhoben. Hierdurch werden die bisherigen Mitglieder des „Vereins“ stärker zu den finanziellen Leistungen herangezogen, während die Großindustriellen, die früher in der Hauptsache die Kosten tragen mußten, jetzt besser wegkommen. Die in der „Vereinigung“ vertretenen Arbeitgeber beschäftigen zusammen etwa 2 Millionen Arbeiter.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 10. April 1913.

Die württembergische Landesversammlung und die „Süddeutsche Natlib. Corr.“

Von den Reichstagsabgg. Dr. Quard-Coburg und List-Ehlingen erhalten wir folgende Zuschriften:

Ueber die am 30. März in Stuttgart abgehaltene Landesversammlung der Nationalliberalen (Deutschen) Partei Württembergs veröffentlicht die „Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz“ in ihrer Nr. 25 den Bericht eines angeblichen schwäbischen Parteifreundes, der mich wegen seiner tendenziösen Entstellung des Sachverhalts zu einer Erwiderung veranlaßt.

Es wird zunächst behauptet, ich hätte der „Linken“, soll wohl heißen, nach der nationalliberalen Partei zur Last gelegt, daß sie in der Bewegung des Volks seit der Reichstagsreform zu viel des Bösen geleistet habe. Dann werden abfällige Äußerungen über die „Demokratie“ zitiert und schließlich die ganze Rede als eine Art fatale Uebertreibung der Parteifreunde in Württemberg dargestellt, die kurz vorher zu ihrem Landesvorsitzenden den Reichstagsabgeordneten List gewählt hätten. Mit Bezug hierauf heißt es in der Zuschrift weiter:

Daß das nun gleich dem neuen Vorsitzenden passieren mußte. Dem muß Quard so seinen

Antritt verderben. Herr List hat nämlich ganz andere Ansichten über Demokratie und Sozialdemokratie. Zum ist Faktum alles, er weist auf Programme. Nun und die Taktik führt natürlich zu Bündnissen nach links. Herr List hat jungliberale Annahmen. Und nun muß ihm so etwas passieren. Als Dr. Quard geendet, schloß List möglichst rasch die Versammlung. Es wäre doch furchtbar gewesen, wenn sich über diese Geistes eine Debatte entwickelt hätte. So schied man wieder einig.

Diese Darstellung trägt deutlich den Stempel des Versuchs an der Stille, in die Partei und unter deren Abgeordnete Gegensätze hineinzutragen, die der pseudonationalliberale Berichterstatter vielleicht wohl wünschen möchte, die aber gar nicht vorhanden sind. Ich habe deutlich von der Schuld der Konservativen an der Zerrüttung unserer innerpolitischen Verhältnisse gesprochen, mich scharf gegen die Sozialdemokratie gewandt und die Etablierung einer Parlamentsherrschaft im Reich Bedenken entgegengestellt.

Zu der Annahme, daß meine Ausführungen den schwäbischen Parteifreunden und ihrem neuen Vorsitzenden fatal waren, habe ich aber nicht den geringsten Anlaß. Im Gegenteil, mein Freund List hat gerade auf Grund der oft im vertrauten Gespräch festgestellten grundsätzlichen Übereinstimmung unserer Auffassungen, die einfach nationalliberal, nicht rechts- oder linksnationalliberal sind, mich ersucht, das Referat in Stuttgart zu übernehmen, und ich glaube dort nichts gefogt zu haben, was mein Freund List nicht ebensogut hätte sagen können, oder was er nicht vorher schon, auch in der gleichen Versammlung, ausdrücklich ausgesprochen hat.

Ganz abwegig ist die Schlussbemerkung des Berichts, als ob man nach meinen Ausführungen schleunigst aus Belegenheit die Versammlung geschlossen hätte. Eine Debatte war nach dem Programm gar nicht vorgesehen, und Herr List hatte gar keinen Anlaß, eine solche entgegen dem Plan der Versammlung herbeizuführen. In seinem Schlusswort nahm er Gelegenheit, für meine Ausführungen zu danken, nicht ohne erkennen zu lassen, daß sie ihm aus der Seele gesprochen waren. Herr List ist gewiß der Letzte, der einen etwaigen Widerspruch aus reiner Höflichkeit unterdrückt hätte.

Es wird der „Süddeutschen Korrespondenz“ nicht gelingen, Zwietracht zwischen Herrn List und mir zu säen. Ich nehme aber gleichzeitig genau Anlaß zu erklären, daß ich gar keinen Wert darauf lege, von der „Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz“ für ihre Anschauungen reklamiert zu werden, zumal da ich, ebenso wie wohl alle meine Fraktionskollegen, es mißbillige, daß dieses Blatt fortgesetzt aus seiner Schwelgere ungeprüfte, persönliche Anwürfe in die Welt zu senden liebt, die nur den Feinden unserer Sache zugute kommen.

Dr. Quard-Coburg.

Den Ausführungen meines Freundes Dr. Quard habe ich nichts hinzuzufügen, ich kann sie nur ihrem ganzen Inhalt nach bestätigen.

List-Ehlingen.

Aus der Werkvereinsbewegung.

Der größte deutsche Werkverein, der Unternehmungsverein der Siemenswerke, ist, wie wir dem soeben erschienenen Jahresbericht entnehmen, in diesem Jahre von 19 318 auf 24 727 Mitglieder angewachsen. Das Vermögen des Vereins beträgt gegenwärtig 254 945,06 Mark. Die Jahreseinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Eintrittsgeldern belaufen sich auf 324 482,27 Mark, alle sonstigen Einnahmen auf 26 409,33 Mark. Herausgab wurden für Krankenunterstützung 188 809,21 Mark, für Wöchnerinnenunterstützung 7860 Mark, für Sterbegeld 3560 Mark, für Geburtenunterstützung 33 135 Mark, für Todesfallunterstützung

von Ehegatten und Kindern 16 013,50 Mark, für Krankenunterstützung 223,20 Mark, und für Arbeitsnachweis, Rechtschutz, Verwaltungs- und Agitationskosten aller Art insgesamt 28 604,74 Mark. Dabei wurde noch ein Ueberschuß von 87 090,71 Mark erzielt.

Die Zentralunterstützungskasse, die die Berliner Werkvereine sich erst im August vorigen Jahres gegründet haben, hat es in der kurzen Zeit ihres Bestehens auf 24 Berliner Ortsgruppen mit 1834 Mitgliedern gebracht. Hiervon gehören 1263 der ersten Klasse mit 60 Pfa. Wochenbeitrag, 393 der zweiten Klasse mit 45 Pfa. und 178 der dritten Klasse mit 30 Pfa. Wochenbeitrag an. Wie in der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung berichtet wurde, verfügt die Kasse bereits über einen Bestand von 8011,10 Mark, die ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen aufgesammelt worden sind. Die Zentralunterstützungskasse (Z. U. K.) bezweckt die Leistung von Krankengeldzuschuß und Sterbegeld und steht als eingeschriebener Versicherungsverein unter Aufsicht der zuständigen Versicherungsbehörden.

Dernburg über den Wert christlicher Missionen.

Im Blick auf die Nationalspende zum Kaiserjubiläum für die christlichen Missionen in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten hat der ehemalige Staatssekretär des Reichskolonialamts Wierl. Geh. Rat Dr. Dernburg folgendes beachtenswerte Urteil über den Wert und die Bedeutung unserer christlichen Missionen abgegeben:

„Ich habe in meinem amtlichen Verfehr hier und in den Kolonien eine große Anzahl von Missionaren beider Konfessionen kennen gelernt; ich habe sie auf ihrer Arbeitsstätte beobachtet und ihre Leistungen verfolgt. Die christliche Mission ist besonders in den Kolonien, aber auch in anderen Ländern autochthoner Kultur ein wichtiges Mittel zur Hebung der Sitten der Eingeborenen und eine ausgezeichnete Vorbereitung für deren Eingliederung in den Mechanismus der beherrschenden Staaten. Sie ist besonders da, wo sie gleichzeitig bessere Kenntnis des Ackerbaues und der Erwerbsmethoden vermittelt, auch für die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Gebiete von Wichtigkeit. Ihre Wirksamkeit als Arzt und in der Krankenpflege ist in den vielen Gegenden, wo der Staat dafür noch nicht hat vorsehen können, nicht ersichtlich. Aus ihrer intimen Kenntnis der Völkerschaften, bei denen sie wirken, ergibt sich durch die Tradition, die sich auf ihren Stationen ausbildet, haben die Missionen sowohl der Wissenschaft theoretisch, als auch der Verwaltungskunst praktisch die wertvollsten Leistungen geliefert. Daß dabei unter Umständen auch Fehler gemacht sind und nicht überall ihr Verhältnis zu den staatlichen Gewalten das Richtige gewesen ist, erklärt sich aus der eigenartigen Zwischenstellung, welche den Missionen ihre Arbeit anweist. Diese Fehler haben sich von Jahr zu Jahr verbessert und können an der allgemein freundlichen und dankbaren Beurteilung nichts ändern.“

Deutsches Reich.

— Zum Fall Traub bringt das „Protestantenblatt“, das Organ des Deutschen Protestantenvereins, in der Nummer vom 2. April ds. J. folgende Ausführungen:

„Ein neuer Trief? Gleich nach dem Urteil gegen Traub, das im September 1912 bekannt wurde, äußerten sich Professor D. Schian in seiner Zeitschrift „Deutsch-englisch“ und Harzer Rittelmeyer im „Frankfurter Cour.“. Am 24. Oktober 1912 benutzte die „Kreuzzeitg.“ diese beiden Urteile, um auf eine Zweipaltig-

zeit im liberalen Lager zwischen Besonnenheit und Radikalität“ hinzuweisen; sie mußte sich jedoch sofort eine Berichtigung durch Rittelmeyer gefallen lassen, der erklärte, mit dem Urteil keineswegs einverstanden zu sein. Wie brachten diese Notiz und gleichzeitig schickte wir die jedem Kundigen bekannte Tatsache fest, daß D. Schian kein Liberaler sei; daß geschah am 13. November 1912 in Beilage II, Sp. 1302. Jetzt, am 17. März 1913, wird unter Berufung auf diese 6 Monate alten Urteile, die unmittelbar nach dem Fall Traub gefällt sind, im „Mannheimer Generalanzeiger“ aus kirchlich-positiven Kreisen unter der Ueberschrift: Ein Umschwung in der Beurteilung des „Falles Traub“ dieser Umschwung bei Leuten wie Schian (1) und Rittelmeyer konstatiert, die sonst ganz auf Seite Traubs stehen! Kann man sich eine schlimmere Zerrfährung der öffentlichen Meinung denken! Es ist erfreulich, daß in der Nummer vom 20. März (des Mannh. Generalanzeiger) diesen Ausführungen energisch entgegengetreten wurde. Wir bitten alle unsere Leser, solche Fälle der Zerrfährung der öffentlichen Meinung sofort dem Bureau des Deutschen Protestantenvereins Berlin W., Stephanstraße 68, mitzuteilen, damit dem rasch entgegengetreten werden kann. Die Reaktionen der Zeitungen sind nicht immer in der Lage, die wahre Natur solcher Einsendungen zu erkennen, sind aber gern bereit, sachliche Berichtigungen aufzunehmen.“

Diese interessanten Ausführungen streben für sich selbst und erheben uns jedes weiteren Wortes.

— Die Reichstagskommission für die Kantenerzählung der Handlungsgehilfen nahm ihrer gestrigen Sitzung eine Resolution an, in deren Besonderen verlangt zur Erweiterung der Unpfändbarkeit des Gehalts und Arbeitslohnes der Angestellten und Arbeiter. Weiter wurde eine Bestimmung gefogt, wonach die Vorschriften der §§ 60 bis 63 des Handelsgesetzbuches über das Verbot des eigenen Handelsbetriebes, die Fürsorgepflicht des Bräutigams und den Fortbezug der Vergütung bei Krankheit usw. auch für Handlungsgehilfen gelten und Vereinbarungen, durch die diese für die Zeit nach der Beendigung des Lehr- oder Dienstverhältnisses in ihrer gewerblichen Tätigkeit beschränkt werden, nichtig sind.

Koloniales.

Landwirtschaftliche Sachverständige für die Kolonien gesucht.

Von der Kolonialverwaltung werden beim Landwirtschaftlichen Sachverständigen für die Kolonien gesucht, da für die nächste Zeit Stellen dieser Art zur Neubesetzung gelangen sollen. Es wünscht insbesondere Herren mit reichlicher Erfahrung in Pflanzenzüchtung. Die Bewerber müssen eine ausreichen praktische Tätigkeit hinter sich, sowie die Befähigung für das landwirtschaftliche Lehramt abgelegt haben. Ferner wird verlangt, daß sie körperlich tropsdienlich sind und im allgemeinen in einem Alter von nicht unter 25 bis nicht über 30 Jahren stehen.

Die Bestimmungen für die Annahme im Landwirten zum Dienst in den deutschen Schutzgebieten vom 15. August 1912, die als Anlaß für die näheren Bedingungen zu gelten haben, sind in einigen Punkten einer Änderung unterzogen worden. Die wichtigste besteht darin, daß von jetzt ab die Kenntnis der englischen Sprache für die landwirtschaftlichen Sachverständigen obligatorisch ist.

Weiter ist das Reifezeugnis einer besseren höheren neunklassigen Schule erwünscht. Die Prüfung für das landwirtschaftliche Lehramt muß an den dafür zuständigen Universitäten des Großherzogtums Preußen, Bayerns, Sachsen, Sachsen-Weimars oder Hessens abgelegt sein, oder aber die Diplom-Hauptprüfung an der landwirtschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule in München oder der zweite Teil der Prüfung in der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim. An Stelle der vorgenannten Prüfungen kann die Doktor-Promotion als

Landfürsten hinausging, verdient in verschiedener Hinsicht Beachtung. Es enthält eine vollständige Darstellung der Ereignisse in Rußland und ist natürlich nur durch die persönliche Auffassung, durch die darin ausgesprochenen Hoffnungen und Erwartungen wertvoll. Fast alle tatsächlichen Angaben — bewachte Entstellungen — so aber, wie hier zu sehen, wollte Napoleon alles aufgefogt wissen. Alles ist zugeschnitten auf den politischen Zweck des Briefes, die Fürsten zu neuen Kränzen aufzufordern. Er ist nicht ein einziges Mal mit der russischen Armee zusammengetroffen, ohne sie geschlagen zu haben.“

Natürlich gleicht die Darstellung über den größten Fehler Napoleons, nämlich des eigenartigen Advokaten in Moskau, welcher dann die Armee erst der Kälte auslieferte, hinweg. Am 5. November in Dorogobusch angelangt, ist die Lage seiner Angelegenheiten so, daß er sich dazu „Wald wählte“.

Und doch damals am 7. Novbr. aus Mikalofka den betzweifelten Hüferst an den Marschall Viktor: „Die Armee und der Kaiser werden morgen in Smolensk sein, aber sehr ermüdet durch einen Marsch von 120 Stunden ohne Aufenthalt. Schreiten Sie zum Angriff, das Heil der Armee hängt daran; jeder Tag Aufschub ist ein Unglück, die Reiterei geht zu Fuß, der Frost hat alle Pferde geblödet. Vorwärts! so gebietet es der Kaiser und die Notwendigkeit.“ In Smolensk angekommen, heißt es in dem Brief an die Rheinbundfürsten weiter, „war die Armee noch schön, der Verlust gering“. Vorzüglich botte er

nicht mehr 50 000 Mann belassen mit einer fast pierdelosen Reiterei, gegen 400 Geschütze waren verloren. Zum Schluß die angeführte der Laifachen die ungläubliche Behauptung: „Die Große Armee besteht gegenwärtig noch aus 200 000 kampffähigen Reuten.“ Es ist eine große Zumutung, wie er nun den Fürsten erklärelich zu machen sucht, daß diese 200 000 Mann einig durch den Abfall des Generals Dork genötigt worden sind, hinter die Weichsel zurückzugehen. Wir verlassen diese durchwegs unrichtige Darstellung und wenden uns nach der Wirkigung, welche hier die Konvention von Taurroggen findet. Natürlich ist dies für Napoleon ein „Verrat“, aber er glaubt an die anrichtigen Versicherungen des Königs Friedrich Wilhelm III. bei dieser Gelegenheit. Eine politische Bedeutung hat Napoleon der Konvention von Taurroggen nicht beigemessen, geschweige denn in ihr den Ausgangspunkt der großartigen, auf Befreiung eines Volkes gerichteten Bewegung erkannt. Und dieses weltgeschichtliche Ereignis bleibt für Napoleon — bis die Lasten ihre unzweideutige Sprache reden — nur mehr die „sottise“ eines Generals, wie er sich zu dem außerordentlichen preussischen Gesandten, dem Grafen Nipfel am 20. Januar — einen Monat später — ausdrückte. Für die politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen war die Tat Dorks ganz ohne Bedeutung, oder nur insoweit, daß in diesem Augenblick ganz blinden Betrachtung Napoleons, dem dies nur der Verlust von 20 000 Mann war. Während Napoleon dieses Ereignis, das, wie der Zeitge-

nosse Ronke sagt, „auch dem weit Entfernnten wie ein Blitzstrahl erschien, der den Gesichtskreis durchsuchte und veränderte“, also wenig würdige und man in Preußen „ungewohnte Pulschläge des nationalen Bewußtseins fühlte und ein Vergnügen davon hatte, daß nicht mehr Preußen und Frankreich, sondern Preußen und Rußland zusammenstehen würden.“ Inbegriff Napoleon seine Ankunft in Berlin an, befohl Spandau den Zustand zu sehen und sollte im August den Nieren zu einem zweiten Feldzug gegen Rußland — links von Preußen, rechts von Sachsen sekundiert — zu überschreiten. Auch in dem Briefe vom 26. Januar 1813 an seinen kaiserlichen Schwiegervater drückt er die Hoffnung aus, „sobald der Frühling kommt, mit Gottes Hilfe die Russen zu verjagen, schneller als sie gekommen sind.“ An eine Ermannung des preussischen Volkes, welche den Königs schließlich wider seinen Willen mitreichen könnte, denkt Napoleon im Ernst nicht, dies traut er diesem Volke, wie den Deutschen überhaupt gar nicht zu und wo er sich über dieses Volk äußern muß, tut er es mit beinahe beleidigender Geringschätzung und in absoluter Unkenntnis der moralischen Kräfte, die im Schoße dieser Nation schlummerten und doch damals zu erwachen begannen. Schon 1811 meinte ihn König Jérôme zur Vorsicht gegenüber einem durch das spanische Beispiel hervorgerufenen Aufstande warnen zu müssen, aber Napoleon begegnete solchen damals schon zriagemäßen Mahnungen mit dem Hinweis auf das „verhängnisvolle, halbharme Volk.“ Daß er sich über die

Machtmittel, welches dieses keine Preußen den aufbrachte, in Täuschung bestand, ist, man für das Verlangen das sonst so hellen linken Auges bezeichnend, doch von viel geringerer Bedeutung als es die moralische Unterwerfung seines Gegners und seines hohen erbliehen Heiles zum Sieg gewesen. Durch Zwangsmittel, wie er sie am 5. März seinem Stiefsohn Eugen dem Oberbefehlshaber der Großen Armee in Leipzig vorschreibt: „Bei der geringsten Bedrohung, mag diese aus in einem Dorfe oder in einer Stadt, mag sie aus selbst in Berlin widerföhr, soll den Ort niederbrennen“, mußte er den Verhandlung selbst organisieren helfen. Am 14. März 1813 „schien es noch nicht entschieden, ob Preußen gegen uns ins Feld rücken wird“, und nach seiner Meinung der König von Preußen „trotz aller Vermahnungen im Mai keine 10 000 Mann haben, von denen höchstens 2 000 nutzbar sind —“ tatsächlich waren jetzt über 100 000 Mann schon verfügbar und traten hinzu in dieser Zeit noch weitere 60 000 Mann. Aber List ist nicht das Wichtigste; es war hier mehr als eine rein mathematische Aufgabe gegeben; es war gegenüberlichen Seite Heien jene idealen Kräfte, die die Magische, welche auch durch eine Schreckensherrschaft nicht niederhalten waren, und die seine Freiheit ehrlich ringendes Volk zu den Seiten der Geschichte unbesiegbar gemacht hatten. Dem sich da zu einer fast beispiellosen erbliehen und religiösen Erhebung aufschickende Volke, das durch die Erschütterungen von Dork und List ebenso wie durch die eindringliche

reichend anerkannt werden, wenn diese nach mindestens dreijährigem Studium der Landwirtschaft an den mit besonderen Einrichtungen für den landwirtschaftlichen Unterricht versehenen Universitäten oder Hochschulen abgelegt worden ist. Wie weit die an anderen Universitäten oder Hochschulen abgelegten Studienjahre der Staats- oder Naturwissenschaften angerechnet werden können, wird von Fall zu Fall entschieden. Die Dissertation, welche ein Thema aus dem Gebiet der Landwirtschaft behandeln muß, ist einzureichen.

Die Remuneration der landwirtschaftlichen Sachverständigen beträgt anfänglich 7700 M., steigend in 6 Jahren bis auf 11 900 M., und in weiteren 9 Jahren bis auf 13 400 M. Das pensionsfähige Gehalt steigt in 21 Jahren auf 3000 bis 7200 M. Außer der Remuneration wird im Schutzgebiet freie Wohnung oder an deren Stelle eine angemessene Entschädigung, freie ärztliche Behandlung und bei Aufnahme ins Lazarett freie Verpflegung gewährt. Für die Weise wird Vergütung gewährt. Dazu tritt für allgemeine Umzugskosten, insbesondere für Zwecke der Ausrüstung ein Betrag in angemessener Höhe.

Ein Schuhmann unter der Anklage des Gattenmordes.

(Die Ehefrau in die W.fer geworfen.)
ab. Göttingen, 9. April.
(Von unserm Korrespondent.)

Anfang Januar dieses Jahres wurde in Hannover-Münden im dortigen Winterhafen die Leiche einer jungen Frau gefunden, die erst kurze Zeit im Wasser gelegen haben konnte. Ein Unteroffizier zog sie heraus und die Polizei stellte fest, daß es sich um die Ehefrau des Polizeiergeanten Komahn handelte. Dieser, ein geborener Berliner, hatte seine Dienstzeit bei der Garde abgemacht und war dann zur Schutzmannschaft übergetreten. Im Polizeidienst der Stadt Hannover-Münden befand er sich erst seit einigen Monaten. Bei seiner Vernehmung auf der Polizei gab er an, daß seine Ehe, der zwei Kinder im Alter von 6 und 10 Jahren entsprossen sind, eine sehr glückliche war. In der letzten Zeit sei seine Frau allerdings sehr nervös gewesen und anfänglich in einem Anfälle von Heißesgestörtheit habe sie ihrem Leben ein Ende gemacht. Sie habe ihn eines Abends aufgefordert, mit ihr einen Spaziergang nach dem Hafen zu machen. Wählich habe sie sich losgerissen und sei von dem heißen Meer aus in das Wasser gesprungen, wo sie bald unterging. Durch das schreckliche Ereignis sei er so verwirrt geworden, daß er eine Anzeige an die Polizei unterließ.

Diese Angaben erschienen zunächst glaubhaft, denn es stand fest, daß die Frau bereits einmal die Absicht gehabt hatte, aus dem Leben zu scheiden und ihre beiden Kinder mit in den Tod zu nehmen. Die Leiche der Frau wurde daher zur Vererdigung freigegeben. Einige Tage darauf kursierten aber Gerüchte in der Stadt, wonach das Eheleben zwischen Komahn und seiner Frau doch nicht ein ganz einwandfreies gewesen sei. Der Ehemann wurde beschuldigt, noch mit anderen Frauen und Mädchen verkehrt zu haben, so daß sehr wohl die Möglichkeit bestand, daß er die Absicht gehabt haben konnte, sich seiner Frau zu entledigen. Auf Grund der Gerüchte wurde Komahn festgenommen und einem eingehenden Verhör unterworfen. Zunächst blieb er bei seiner Darstellung, daß die Frau Selbstmord begangen habe. Nach einem längeren Verhör verwickelte er sich aber bei seiner Aussage in mehrfache Widersprüche, so daß er schließlich mit einer neuen Variante über den Tod seiner Frau heraustrat. Er behauptete plötzlich, er so wohl wie seine Frau seien des Lebens überdrüssig gewesen, weil sie viel Ärger gehabt hätten, weshalb sie beschlossen hätten, gemeinsam in den Tod zu gehen. Es sei zwischen ihnen vereinbart worden, sich in den Winterhafen zu wagen. Seine Frau habe diesen Plan auch

ausgeführt, als er sie aber in den Fluten verschwinden sah, sei ihm angst geworden und er habe den Mut, seiner Frau in den Tod nachzufolgen, verloren. Aus Furcht, daß man ihn der Täterschaft verdächtigen könne, habe er so lange geschwiegen. Diese Angaben klangen sehr ungläubwürdig, zumal man wußte, daß die Frau mit großer Liebe an ihren Kindern hing und diese kaum, ohne sich über ihr künftiges Schicksal zu sorgen, elternlos auf der Welt zurückgelassen hätte. Es traten noch weitere Verdachtsmomente hinzu, so daß der vernehmende Richter den Komahn in Untersuchungshaft nahm.

Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plaidoyer, die Schuldfrage in vollem Umfange zu beladen. Die Frau habe keinen Grund zum Selbstmord gehabt, da sie ihrem Ehemann die früheren Verfehlungen in Berlin verziehen und von den neueren in Hannover keine Kenntnis gehabt habe. Nach alledem sei ein Selbstmord ausgeschlossen, zumal sie als zärtliche Mutter bei der Abtötung eines Selbstmordes sicher von ihren Kindern Abschied genommen hätte. Der Angeklagte habe seine Frau loswerden wollen, um sein Verhältnis in Hannover heiraten zu können. Er hat seine Frau auf einen einsamen Weg gelockt unter der Vorspiegelung eines Spazierganges, da er wußte, daß seine Frau solche einsame Wege liebte. Die Frau hat dann die Absicht ihres Mannes, sie ins Wasser zu stoßen, rechtzeitig erkannt und um Hilfe gerufen, wobei sie die Furcht ergriff. Die Furcht hat leider ihre Hände an der Landspitze am Winterhafen erreicht, wo ihr Mann sie anhielt und in das Wasser stieß. Er hat seine Frau mehrere Male untertaucht und buchstäblich ertränkt, wie das seine nassen Kleider beweisen. — Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage, worauf der Angeklagte zum Tode verurteilt wurde.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 10. April 1913.
Monatsübersicht
des Statistischen Amtes.

Die mittlere Tagestemperatur lag im Februar mit 8,12 (4,85) Grad ein gut Stück unter der Februartemperatur von 1912, dabei erreichte weder das absolute Maximum mit 12,4 (16,0) noch das Minimum mit -7,5 (-16,2) so ansehnliche Beträge wie damals. Ganz eigenartig war die Verteilung der Wärmemenge über den Monat: während in der ersten Hälfte nur zwei Tage mit — noch dazu leichtem — Frost bezeichnet wurden, waren mit einer Ausnahme sämtliche Tage der zweiten Monatshälfte Frosttage, jedoch die natürliche Ordnung der Dinge diesmal gewissermaßen auf den Kopf gestellt worden ist. Bemerkenswert ist wiederum das Ergebnis der natürlichen Bevölkerungsbewegung: es zeigt nämlich die Geburtenhäufigkeit mit 38,84 (38,74) v. T. einen weiteren starken Rückgang, der freilich zum Teil sich aus der ungleichen Länge beider Monate, (1913: 28 dagegen 1912: 29 Tage) erklärt, aber auch nach Berücksichtigung dieser Tatsache noch erheblich genug ist. Die Sterblichkeit ist mit 12,08 (12,72) v. T. gesunken, wobei der eben erwähnte Umstand in Rechnung zu stellen ist, der Geburtenüberschuss hat sich demnach weiter auf 16,81 (21,02) v. T. verringert. Die absolute Zahl der Sterbefälle hat mit 219 (213) die letztjährige nur ganz wenig überbritten, obgleich die Einwohnerzahl inzwischen durch Einwanderung von Sandhoren und der Rheinru, wie durch das Wachstum der Bevölkerung um fast 18 000 höher ist. Die Relativzahl der Eheschließungen war zwar mit 6,21 (7,52) v. T. größer als im Januar, ist aber gleichwohl noch als recht bescheiden zu bezeichnen. Der Ueberstich des Jungs über den Weisung betrug 41 Familien, von denen 34 auf Mannheim und 7 auf die einberleibten Stadtteile trafen. Der Fremdenverkehr war mit 11 000 (10 550) wiederum wie seit an-

reicherer Zeit, höher, als im Parallelmonat des Vorjahres.

Beim Arbeitsnachweis in der Industrie war die Zahl der Bewerbungen mit 3254 (2673) sehr viel höher, aber auch die Zahl der Einstellungen hat mit 1816 (1616) die vorjährige, wenn schon nicht im gleichen Verhältnis, überschritten. Bemerkenswert ist, daß an diesen 300 Mehr-Einstellungen die chemische Industrie mit nicht weniger als 180 beteiligt war. Noch höher war die Anzahl der Vermittlungen mit 1018 (753) beim häuslichen Arbeitsamt und zwar ist hier die Vermehrung besonders bei den Leuten zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der in offener Erwerbslosigkeit Unterstühten ist auf nahezu 5000 gestiegen — Hauptunterstützt und Angehörige zusammengerechnet —; das ergibt auf 10 000 Einwohner 227 (223) Unterstützt und einen Anstieg von 1913 (1886) Mark. Der Personenverkehr der Staatsbahnen hat sich bei Berücksichtigung der Differenz in der Zahl der Tage etwa auf der letztjährigen Höhe gehalten, nur die Arbeiterwochen- und Beirarten zeigen stark verrinortete Zahlen; auf den Nebenbahnen und der Heubelmer Dampfstraßenbahn war dagegen eine nicht unbedeutliche Verkehrsunahme festzustellen. Die wogenkilometrische Einnahme der Staatsbahnen belief sich nur auf 26,9 (27,8) Pfennige, indesten erklärt sich dieser Rückgang zum Teil aus der Eröffnung der Linie Neudorf-Rheinau, die nur 17,3 Pfennige Einnahme pro Wogenkilometer aus Einzelschweineinbrachte, während die entsprechende Einnahme für die Mannheimer Linien 24,5 und für die Karlsruheischen sogar 26,9 Pfennige betrug.

Die Bautätigkeit war wiederum sehr schwach, wenn auch nicht in dem Maße, wie im Vorjahr, denn es wurden immerhin 63 (13) Wohnungen fertiggestellt; im Vergleich zur Bevölkerungszunahme muß freilich auch diese Vermehrung noch als ganz ungenügend bezeichnet werden. Auch der Diegenchaftsverkehr erreichte mit 2,45 (2,22) Millionen M. bei weitem nicht die letztjährige Höhe; durch Kauf, Tausch und Versteigerung gingen für 1,38 (2,27) Millionen Mark Liegenschaften in andere Hände über, wobei zu Vergleichszwecken von der letztjährigen Zahl eigentlich noch 178 000 M. für Sandhoren und Rheinru abzuziehen sind. Im Hoftheater tritt jetzt der Wagner-Jollus zu ernstlichen Besuchen mit Herfordjahlen des Besuchs auf; da aber auch andere Vorstellungen außer Abonnemen, wie das Faustschöck-Robert, sich eines sehr starken Besuchs zu erfreuen hatten, so ergibt sich im Berichtmonat ausnahmsweise eine viel stärkere durchschnittliche Frequenz der Vorstellungen außer (1105) als jener im Abonnement (901).

• **Uebertreten** wurde dem Oberisenbahnschreiber Heinrich Werner in Schwellingen das Stationsamt II. Ranges.

• **Verfetzt** wurde Eisenbahnschreiber Anton Uhrenbacher in Engen nach Pfalldorf und Revisionassistent Wolf Vink in Raffart zum Bezirksamt Müllheim.

• **Lotteriegewinnung.** Dem Frankfurter Verein für Luftschiffahrt G. B. in Frankfurt am Main wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 20 000 Loten zu 50 Pf. der von ihm veranstalteten Schlotterie zugunsten des in diesem Jahre stattfindenden Prinz-Heinrich-Fluges im Gebiet des Großherzogtums vom Ministerium des Innern erteilt.

• **Vom Badischen Militärvereinsverband.** Kürzlich fand in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bad. Militärvereinsverbandes, Generalleutnants z. D. Baenker von Dankenschweil, ein Verbandssauschussung statt, der das Präsidium, die Präsidialmitglieder und die Ausschussmitglieder des Verbandes beauftragte. Im Verlaufe der umfangreichen Verhandlungen berichtigte der Schatzmeister, Hauptmann a. D. Bahls, über die Kassenergebnisse von 1912. Nach seinen Aus-

führungen wurden an Unterstühtungen gewährt: aus der Unterstühtungskasse an 1094 Mitglieder 18 477,50 M., aus dem Großherzog-Friedrich-Jubiläums-Fonds 361 Veteranen 7610 M., aus dem Witwen- und Waisenfonds 234 Witwen 3381 M., aus dem Veteranenfondsfonds 1288 Veteranen 30 945 M., zusammen an 2923 Personen 60 613,50 M., im Jahre 1911 an 2 Personen 49 425 M., sonach im Jahre 1912 mehr 577 Personen 11 188,50 M. Das Gesamtvermögen des Verbandes vermehrte sich um 24 241 M. und belief sich am 1. Januar 1913 auf 958 003 M.

• **25jähriges Werkmeister-Jubiläum.** Herr Peter Steinmann, Rheinbäckerstr. 4, feiert heute sein 25jähriges Jubiläum als Werkmeister in der Treibriemenfabrik von Bosch u. Gebhard.

• **Dem 14. Jahresbericht des Vereins Rechtschutzstelle für Frauen und Mädchen G. B.** der uns vorliegt, entnehmen wir folgendes: Wegen wir einen Rückblick auf das verlossene Jahr werfen, so dürfen wir mit dem Erfolg unserer Arbeit zufrieden sein; denn 1. haben die zur Besprechung gekommenen Fälle um 106 Fälle zugenommen und 2. haben wir das Empfinden gehabt, daß wir unseren Klientinnen eine Stütze der Aussprache bedeuten, von der sie oft erleichtertem Verstand weggehen. Die Gesamtzahl der Besuchen betrug 2110 (1903); neue Fälle 769 (664). Davon waren ledig 190; verheiratet 352; Witwen 129; getrennt lebend 76; Geschiedene 81; Erwerbsfähig waren 454 (398); Besprechungen laufender Fälle 1341 (1239). Die Fälle wurden erledigt: 1. durch Rat bzw. Auskunft 238 (190); 2. gütlich durch schriftliche oder mündliche Vermittlung 511 (474); Eingaben und Schriftstücke 934 (1007); auswärtige Rechtschutzstellen in Anspruch genommen 1 (5); 3. Wir von auswärtigen Rechtschutzstellen in Anspruch genommen 6 (12). Ueber unserer Tätigkeit in den Sprechstunden haben wir in einer Reihe von Eingaben, Stellung zu Fragen, die in unser Arbeitsgebiet fallen, genommen. Schon in früheren Berichten haben wir mitgeteilt, daß wir der Frage des Arbeitszwangs ungeachtet unserer besonderen Interesse zuwenden. Im August vorigen Jahres erschien vom badischen Ministerium ein beschließlicher Bescheid, in dem es heißt: „Als unterstützt gilt der Ehemann oder — der unterhaltspflichtige Osternteil — bei unehelichen Kindern — die Mutter, auch dann, wenn die Unterstühtung der Ehefrau oder der Kinder ohne oder gegen den Willen dieser Unterhaltspflichtigen gewährt ist.“ Wir sind der Ansicht, daß diese Bestimmung für einen großen Teil unehelicher Mütter Härten enthält, weil der uneheliche Vater zu leicht seiner Pflichten entboden und die uneheliche Mutter allein zur Verantwortung gezogen werden könnte. Wir haben daher, in Gemeinschaft mit der Karlsruher Rechtschutzstelle, um Abänderung der in Betracht genommenen Bestimmung. Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt, trotzdem viele Städteverwaltungen sich mit dem Entwurf einverstanden erklärt haben; sie wurde zurückgestellt und wird dem nächsten Landtag vorgelegt werden. Die Sprechstunden der Berufsberatungstelle und des Rechtslehrenschwes, die unter Leitung unserer Mitarbeiterin, Frau A. Hauser, jeweils einmal wöchentlich im Lokale der Handwerkskammer abgehalten werden, wurden in diesem Jahre in 9 Sprechstunden 3mal in Anspruch genommen. Der Verein Rechtschutzstelle veranstaltete für seine arbeitenden Mitglieder 3 Vorträge über: „Privatbeamten-Versicherung“ von Herrn Stadtrat Dr. Sperling; außerdem in Gemeinschaft mit den Vereinen Frauenbildung-Frauenstudium Abteilung Mannheim und der Frauengruppe gegen Mißbrauch geistiger Getränke, einen Vortrag von Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Landberg aus Rensel über: „Weibliche Schöffen beim Jugendgericht“. Auf unsere Veranlassung hin, wurde von Seiten der Mannheimer Handelskammer eine Kommission zur Bekämpfung von Schwindelkirmen ins Leben gerufen und die beiden Vorsitzenden in diese Kommission gewählt.

seiner Philosophen und die hinreichende Begeisterung seiner Dichter zur Ein- und Umkehr gebracht worden war — bestritt Napoleon noch am 1. März dem sferreichischen Gesandten Coban gegenüber, daß es eine Nation sei, meine, die Weichen haben keinen nationalen Stolz“. Sie sind „die Besiegten von Deutschland“, „hab „Windbeutel, die er immer verachtet habe“, „w fällt das nun nicht mehr getragene Urteil über die Deutschen im ganzen, man solle sich nicht durch ihr Aufbrausen schrecken lassen: der Deutsche ist stark, um eine Revolution zu machen. Und noch im Juni, nachdem der Tag von Lipan, im Ehren verloren, die Rückkehr siberigianischen Selbengeistes gekennzeichnet, verkant er die Energie der ursprünglichsten Volksebewegung und meint, der richtige Deutsche sei „ein großer blonder Mensch, von stumper Gemütsort.“ Die deutschen Patrioten entnehmen jener ersten Schlacht des Frühjahrsfeldzugs, — noch Herdenberg „ein unzweifelhafter Sieg“ — die sichere Gewißheit für die Zukunft — er aber verharret in dem unüberwindlichen Glauben an seinen Stern, der für die Zeiten des Niedergangs an diesem Manne so bezeichnend wie röhlich ist und ihn an so mancher Schlachtfeld des Erreichbaren angankten des Utopischen hat anschlagen lassen. Hier liegen die Grenzen seines Geistes. Aber auch die unserer Bewunderung. Hier steht die vergleichende geschichtliche Betrachtung ein und gewinn wichtige Ergebnisse für die Wertung von nationalistischen Schöpfungen und der großen Persönlichkeit überhaupt. Napoleon arbeitet schließ-

lich doch nur als blindes Werkzeug im Jochdienste einer geschichtlichen Idee, welche sich seiner zur Ueberzeugung und Vollendung ihm selbst unbewußter Ziele bedient; die Schöpfungen eines Friedrich oder Bismard dagegen sind wirklich künstlerische, selbstbewußte Schöpfungen von als Subjekt handelnden Persönlichkeiten, welche, politischer Leidenschaft nicht weniger fähig, aber nirgends das fromtmännliche Maß für das Erreichbare vermissen lassen, welches jenem raschen, sich selbst zu Tode gehenden Temperamente gefehlt hat.

Am besten charakterisieren sie sich sel, durch ihre eigenen Worte. Bismard kennzeichnete 1879 im Reichstagen sein Wollen und Vollbringen also: „Ich habe von Anfang meiner Karriere an nur den einen Willen gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen. Wenden und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird. Napoleon aber geht auf der Höhe seiner Laufbahn, daß er sich „nach einem Ziel getrieben fühle, das er selbst nicht kenne.“ — Unserer Zeit darf beinahe nachgelegt werden, daß sie darauf zu gelegt ist, durch die ins Kleinste gehende Veröffentlichungen den Mann zu popularisieren, der unter Volk und sein Weien nie verhanden hat. Vielleicht erpöcht uns der Eingabe an die vaterländische Geschichte, zu welcher uns die hundertste Wiederkehr großer Zeiten unmittelbar drängt, ein heiliges Gegenwärtigkeit hiergegen. Es wäre uns innigste zu wünschen, daß namentlich der

anerer Jugend eigene Sinn für das Heiligtum in der Geschichte erkennt, daß die Männer, die mit ihrem geliebten Volke gelitten, gekämpft und gesiegt haben, unserer Verehrung und Dankbarkeit weit würdiger sind, als jener chaotische Fremdling, der gewiß, allerdings nur kraft des höheren Sinnes der Völkerrückfälle bestimmen Weltgeschichte, zu einem Segen für unser Volk geworden ist.
Dr. Dd.

Kunst, Wissenschaft u. Leben.

• **Freiburger Kammermusik.**
Auch dieses Jahr finden im Mai (5., 7. und 8.) drei Kammermusik-Abende im Raulin-Saal zu Freiburg im Breisgau statt. Mitwirkende sind das Frankfurter Rebner-Quartett und die Mannheimer Bläservereinigung des Hpt. Hoforchesters. Zur Aufführung gelangen Quartette, Quintette, Sextette und Oktette von Beethoven, Haydn, Mozart, Schubert, Brahms.

• **Der 10. Deutsche Kongreß für innere Medizin** wird vom 15. bis 18. April zu Wiesbaden unter dem Vorste des Herrn Prof. Dr. Volke Prof. Dr. Venosid (Gießen) lauen. Die Sitzungen finden im Neuen Kurhaus statt. Das Bureau befindet sich ebenfalls dort. Anfragen wegen Wohnungen sind zu richten an Herrn Wilhelm Neundorff, Pörrngartenstraße 15. Bis schon länger vorbereiteter Verhandlungsgang steht auf dem Programm: Wesen und Bedeutung des Nierens, Referenten: Herr Hans G. Meyer (Wien) und Herr A. Arski (Gießen). Vortrag auf Wunsch des Kongresses: Herr Schürstelm (Königsberg); Ueber die Beziehungen zwischen Nieren und Bluter. Zu dem Hauptthema über Wesen und Bedeutung des Nierens sind

weitere zehn Vorträge angemeldet. Ueber Stoffwechsel sind sechs, über Herz und Gefäße ein, über Blut neun, über Tuberkulose fünf Vorträge angemeldet, außerdem eine große Reihe von Vorträgen, welche die verschiedenen Gebiete der inneren Medizin und deren Grenzgebiete betreffen, im ganzen 80 Vorträge.

• **Raiffeisler im Stadttheater.**
Das Stadttheater in Stuttgart bereitet für die Zeit vom 18. bis 24. Mai eine Reihe von Benefizdarstellungen in seinen beiden Säulenhallen vor. In großen Säulenhallen folgende vier Vorstellungen statt: am 18. Mai die Uraufführung der heroisch-epischen Oper „Die Trojaner“ von Hector Berlioz in einer neuen Bearbeitung von Emil Gerdauer und Max v. Schilling, die durch dramatische Zusammenfassung es ermöglicht, daß für zwei Abende derselbe Stoff an einem Abend zu geben. Die Partie des Aeneas wird Rudolf Ritter aus Wien singen. Am 19. Mai acht Akte „Pina Friederich von Bomburg“ neu einstudiert mit Alfred Gerlach vom Burgtheater in der Titelpartie und Gina Poffen vom Berliner Festspieltheater als Kalliope in Szene. Zur Feier des hundertjährigen Geburtstages von Richard Wagner, findet am 22. Mai eine Aufführung von Tristan und Isolde in völliger Reinszenierung statt mit M. Venanzini vom Stadttheater in Gumburg als Tristan. Am 23. Mai werden die Hebbelischen „Abendungen“ (I. Abend) gegeben. Den Spielplan wird Alfred Gerlach spielen. — Im kleinen Hause werden gleichfalls vier Vorstellungen sein. Zunächst geht am 19. Mai „Lorenzo Talli“ neu einstudiert in Szene mit Alfred Gerlach in der Titelpartie, Mathien Flett vom Schauspielhaus in Frankfurt a. M. als Antonio und Gina Poffen als Priscilla. Es folgt am 21. Mai die Uraufführung von Gerhart Hauptmanns „Pina von Genua“. Am 22. Mai wird „Polemologia“ neu einstudiert mit Alfred Gerlach in der Rolle des Donz Auditor geben. Eine Besetzung der Straßenszenen „Klabbe auf Klabbe“, die hier bekanntlich ihre Uraufführung im Oktober v. J.,

scholten. So wie Christus gesagt habe: Wenn zwei von Euch bei einander sind, so bin ich mitten unter Euch, so sei auch die Sozialdemokratie, wenn zwei Politiker bei einander sind, unter ihnen. Nichts beschönige die bürgerlichen Politiker mehr, als die Sozialdemokratie und speziell die Herren von der Rechten, die sich auch noch nachträglich mit der Sozialdemokratie zu beschäftigen. (Graf Westarp macht hierbei den Zwischenruf: Da haben wir etwas Besseres zu tun, was im Hause fürmliche, minutenlange Heiterkeit auslöst.)

Südekum versucht dann darzutun, wie die Besitzsteuer gerade auf der Rechten Unterstützung ausgedehnt habe und wie alle die sozialen Gesichtspunkte, die sich jetzt in der Begründung der Deckungsvorlagen finden, sozialdemokratische Gedankengänge seien. Er vermisst jedoch die entsprechende Begründung so hoher Anforderungen. Dabei käme die Regierung mit so trügerischen Berechnungen, daß sie für die Luftflotte ausgerechnet 70 Millionen Mark fordert. Das sei ebenso, als wenn ein Warenhaus seinen Preis auf 298 M. festsetze, um den Anschein einer besonders genauen Kalkulation zu erwecken.

Südekum wirft die Frage auf, wie sich die Finanzverwaltung die Steuererhebung nach 1913 vorstelle. Man müsse dann endlich die Reichserbschaftsteuer zur Einführung bringen. Der Besitzsteuerantrag Wajsermann-Gruberger sei durch die Vorlage durchaus nicht erledigt. Noch der Rede des Reichskanzlers müsse man allerdings an der Auffassung kommen, daß der Wehrbeitrag das Loskaufgeld für die Besitzsteuer sei. Das sei aber nicht die Ansicht der Mehrheit des Reichstages. Die Deckungsvorlage würde nicht verabschiedet werden, wenn sie nicht ergänzt würde durch eine direkte Besteuerung des Besitzes.

Der Redner stellt die Forderung auf, daß künftige Heeresvorlagen nur durch Besitzsteuern gedeckt werden. Das würde den Patriotismus der Besitzenden auf das richtige Maß zurückführen. Er verliest dann eine Reichstagsrede des Sozialdemokraten David aus dem Jahre 1907, worin dieser den allgemeinen Wehrbeitrag gefordert habe. Der Gedanke des einmaligen Wehrbeitrages sei also ein laudarer, feiner, netter Gedanke, der von der Sozialdemokratie ausging. In der jetzigen Hoffnung nennt freilich der Redner den Wehrbeitrag eine brutale Rücksichtslosigkeit gegen den Mittelstand. Die Kaufkraft wird abnehmen und die Arbeitslosigkeit steigen.

Südekum verlangt deshalb eine Dinaufsetzung der Mindestgrenze für Vermögen, eine Kombination von Vermögen und Einkommen, Progression, Ausdehnung der Begünstigung der Agrarier und Verstaatlichung der militärischen Rüstungsbetriebe. Zum Schluß befragt sich der Redner noch mit der Heranziehung der Fürsten zum Wehrbeitrag. Die Fürsten seien natürlich steuerpflichtig, da sie nicht besonders ausgenommen sind. Von der Linken rufen man dem Redner zu: Wenn sie nur nicht abwandern!, worauf Südekum unter fürmlicher Heiterkeit antwortete: Wenn sie abwandern, denn? Ja, das wäre ein Gedanke! ...

Der Zentrumsredner ist der **Abg. Sped.** der seine Rede mit der Erklärung einleitet, daß das Zentrum nicht geneigt sei, die Rüstungsvorlage zu bewilligen, wenn die Deckungsvorlage von einer anderen Mehrheit angenommen wird. Deshalb werde das Zentrum die Heeresvergrößerung nicht bewilligen, wenn nicht

konnte sich zeigen und Anerkennungsstunden entgegennehmen. Auch die Interpretin wurde für die Widrigkeit mit Blumen spenden bedacht. Das Orchester bot nun noch das Vorspiel zu „Bassal“ und die „Tannhäuser-Overtüre“. In dem Vorspiel wurde durch die große Anzahl der Ausübenden ein bedeutender Zug getroffen. Doch mußte er gegen die sprühende Lebhaftigkeit der „Tannhäuser-Overtüre“, die mit blendendem Glanz zur Wiedergabe gelangte, etwas verblasen. Das Publikum war hingerissen und dankte für die herrlichen Eindrücke, die Reichwein geschaffen hatte, mit stürmischem Beifall. Das Großherzogspaar zog nach dem Konzert, Frau Laner-Kotiler und die Herren v. Walthershausen und Reichwein ins Gespräch. Das Reinergebnis des Konzerts kommt Unterstützungsstellen der Musiker zugute.

Kleine Mitteilungen.

Ernst v. Boffart, der in Schwerin unter großem Beifall den Nathan spielte, wurde vom Großherzog zum Ehrenmitglied der Schweriner Hofbühne ernannt. Ludwig Schmit, der Rektor der Münchener Bühnenkünstler, der Regisseur am „Gärtnerplatztheater“, der seit 1868 an der Münchener Bühne tätig war, ist im 79. Lebensjahre gestorben.

Julius Magnussens Lustspiel „Seine einzige Frau“ wurde soden vom Hofburgtheater in Wien zur Aufführung in der nächsten Saison angenommen.

Der holländische Musikprofessor Leo R. Lewie hat sich die merkwürdige Aufgabe gestellt, einen Katalog sämtlicher existierender Melodien aus Opern, Volksliedern, Kunstliedern, geistlichen Liedern usw. zusammenzustellen.

Vom russischen Marineministerium wird im Monat Juli eine Expedition ausgesandt, die die Aufgabe hat in der Polargegend Untersuchungen des Meeres und ozeanographische Studien vorzunehmen. Die Expedition, die von Wladivostok ausfahren wird, soll vor allem auch die gesamte Nordküste von Sibirien untersuchen. Sie wird begleitet sein vom Eisbrecher Taimyr.

gleichzeitig auch die Deckungsvorlagen bewilligt würden.

Den Wehrbeitrag kritisiert Sped nicht eben freundlich. Er sei eine ganz ungewöhnliche Steuer, die durchaus nicht in unser bisheriges Steuersystem hineinpaße. Solche Vermögensabgaben könnte man nur in Kriegszeiten erheben. Der Weg des Wehrbeitrages sei um so bedenklicher, als keine Gewähr gegeben sei, daß er nicht bald wieder begangen werde. Und um besonders gruselig vor dem Wehrbeitrag zu machen, weist Sped auf die Rede Südekums und die sozialdemokratischen Bestimmen hin.

Nach Sped sprach der nationalliberale **Abg. Dr. Baasche.**

Der Militäretat in der Budgetkommission.

□ Berlin, 10. April. (Von unj. Verl. Bureau.) In der Budgetkommission wurde der Militäretat weiter beraten. Von der Sozialdemokratie wurde beanstandet, daß in Kürzen für Reserveoffiziere aus nichtmilitärischen Gegenständen behandelt würden, offenbar in politischer Absicht.

Die Militärverwaltung bittet das. Die Kürze seien durchaus freiwillig und es handle sich um rein militärische Gegenstände.

In ihren weiteren Beschwerten beanstandete die Sozialdemokratie die Eingriffe militärischer Behörden in die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Unternehmer und Arbeiter, was die Militärverwaltung mit der Bekämpfung ihrer allgemeinen Grundzüge in dieser Frage beantwortet.

Von sozialdemokratischer Seite wurde im weiteren Verlaufe der Diskussion eine Befestigung der bunten Uniform und die Ausrichtung der Mannschaften mit der feldgrauen Uniform gefordert. Der Kriegsminister tritt diesen Ausführungen entgegen. Einen gewissen Stolz auf seinen Rock müsse der Soldat haben. Der Kriegsminister machte weiterhin Mitteilungen über die bisherigen Versuche mit der feldgrauen Uniform. Die eigentliche Bewährung könne jedoch erst nach längerer Praxis festgestellt werden.

Von volksparteilicher Seite wurde die Verwendung von Militär für kinematographische Aufnahmen unter Bezugnahme auf einen Donziger Fall, an dem der Kronprinz beteiligt sei, beanstandet. Der Kriegsminister erklärte jedoch, daß in dem berührten Fall die Aufnahme ohne Wissen des Regiments erfolge. Eine kaiserliche Verfügung sei herausgekommen, wonach der Kaiser solche kinematographische Aufnahmen nicht wünscht und mißbilligt.

Ein sozialdemokratisches Mitglied erhebt Beschwerde wegen der Verwendung militärischer Mittel für den Jungdeutschlandbund und die nationale Jugendpflege.

Generalmajor Wandel gab eine Darstellung der Beziehungen der Heeresverwaltung zur nationalen Jugendpflege. Jugendwehre Etatsmittel ständen nicht zur Verfügung und würden auch nicht verwendet. Wie in allen anderen Ländern so halte allerdings die Verwaltung die Förderung der nationalen Jugendbewegung, der körperlichen und sittlichen Ausbildung der Jugend für notwendig und sie werde daher mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln sich dafür einsetzen. Die Militärpersonen, die sich daran beteiligen, tuen das als freiwillige Hilfe. Niemand werde gezwungen oder in seinen dienstlichen Pflichten geschädigt. Der Ausmarsch gehehe an dienstfreien Tagen. Man könne es nur mit Dank begrüßen, wenn sich geeignete Leute freiwillig dazu bereit finden. Wichtig sei es, daß militärische Gebäude, soweit Platz dafür vorhanden ist, den Wandergruppen zur Verfügung gestellt werden, jedoch ohne Aufwendung von Geldmitteln. Militärischer Drill sei bei der ganzen Bewegung nicht beabsichtigt.

Von Zentrumseite wurde eine Unterstützung der Schützenvereine mit militärischen Mitteln angeregt. Es würden dadurch später dem Reiche erhebliche Summen erspart. Der Kriegsminister steht zwar dieser Sache sympathisch gegenüber, äußerte aber mancherlei Bedenken. Insbesondere würde die ganze Waffenindustrie Opposition üben.

Von nationalliberaler Seite wurde nach dem Stande der Militärstrafrechtsreform gefragt und der Wunsch geäußert, daß die Kriegsgerichtsbeamten eine besondere Vorbildung erhalten. Der Regierungsdirektor gab zu, daß die Ausgestaltung des Zivilstrafrechtes auch eine Reorganisation des Militärstrafrechtes nach sich ziehen müßte.

Die Kommission ging dann über zur Beratung der einzelnen Positionen des Etats. Die Volkspartei beantragt den Gouverneur in Ulm zu streichen, ebenso die Kommandanten in Altona, Darmstadt, Glatz, Mogau, Karlsruhe, Dresden und Stuttgart.

Von Seiten der Regierungsdirektor wurden die lebhaftesten Bedenken gegen diese Streichung geäußert und Zahlen angegeben über diese Kommandanturen speziell über die in Dresden und Stuttgart.

Zur Streichung der Kommandanturen in Darmstadt und Karlsruhe wurden staatsrechtliche Bedenken angeführt unter Hinweis auf die Militärkonventionen mit Hessen und Baden und der Bündnisverträge. Man dürfe diese Dinge nicht leicht nehmen. Aus der Kommission wurde jedoch die staatsrechtliche Festlegung der beiden Kommandanturen bestritten. Von nationalliberaler Seite wurde betont,

daß diese Militärkonventionen keineswegs die Festlegung der einzelnen militärischen Stellen enthalten könnten. Wenn bei solchen Abstrichen soviel mit staatsrechtlichen Bedenken operiert werde, so heiße das mit Kanonen nach Spahen schießen.

Auch die Vertreter des Zentrums und der Volkspartei bestritten die staatsrechtliche Festlegung. Nachdem wiederholt die Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten schwere Bedenken gegen die Streichung der Kommandanturen geäußert hatten, wurde beschloffen, die Entscheidung über die vorliegende Änderung zu vertagen. Morgen Weiterberatung.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Karlsruhe, 10. April. Landtagsabg. Willi hat sein Amt als Stadtverordneter und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Stadtverordneten niedergelegt. Willi wurde bekanntlich dieser Tage zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

* Gomburg a. d. S., 10. April. Der Herzog von Cumberland, die Herzogin, Prinzessin Olga, Prinz Ernst August und Prinz und Prinzessin Max von Baden sind hier zum Besuch des Kaiserpaars eingetroffen. Der Herzog trug die Uniform seines österreichischen Regiments.

* Stuttgart, 10. April. Wie der „Schwäbische Merkur“ meldet, hat die Regierung heute vormittag bei dem Landtage den Entwurf einer Erhöhung der Dividende des Königs um 350 000 M. eingebracht. Begründet ist die Erhöhung in der Hauptsache mit der Notwendigkeit einer Aufbesserung der Verdolung der Hofbeamten und Hofmaekestellen.

* Straßburg (Elof), 10. April. Entgegen der früheren Meldung ist zu berichten, daß sich die zweite Kammer des Elsaß-Lothringischen Landtages nicht für die Beibehaltung, sondern für die Aufhebung des Jesuitengesetzes ausgesprochen hat.

m. Köln, 10. April. Wie die „Köln. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, läßt das Reichsamt des Innern neuerdings Ermittlungen über die bestehende Gesetzgebung der Bundesstaaten gegen die Jesuiten anstellen.

* London, 10. April. Prinz Heinrich von Preußen ist gestern hier eingetroffen. Sein Besuch ist rein privater Natur.

Die drahtlose Telegraphie zwischen Colmar und dem Eifelturn.

er Straßburg, 10. April. (Priv.-Tel.) Gestern nacht war in Straßburg das Gerücht verbreitet, man habe eine drahtlose Verbindung zwischen Colmar und dem Eifelturn entdeckt. Da uns diese Nachricht von vornherein zweifelhaft schien, da zu einer solchen Verbindung große Antennen nötig sind, erkundigten wir uns heute früh bei der zuständigen Stelle. Auf Grund der dort erhaltenen Informationen können wir folgendes mitteilen: Auf mehreren Grundstücken im Oberelsaß, insbesondere auf dem Grundstück eines Großkaufmanns in Colmar, wurden Anlagen für drahtlose Telegraphie entdeckt, deren Tragweite allerdings nicht bis nach Paris reichen würde. Die Behörden waren zwar davon überzeugt, daß diese Anlagen ihre Errichtung lediglich dem physikalischen Interesse ihres Erbauers verdanken. Mit Rücksicht auf das Reservatrecht der Post und im Interesse der Landesverteidigung hat man jedoch angeordnet, daß die betreffenden Anlagen entfernt werden. Bei dieser Verfügung mag allerdings auch der Umstand mitgesprochen haben, daß im Falle einer Mobilmachung durch diese Anlagen dort bedeutende Sitzungen verbracht und eventuell auch Meldungen nach Frankreich hätten erstattet werden können.

w. Straßburg i. E., 10. April. Mit Bezug auf eine in der „Vost. Ztg.“ enthaltene Korrespondenz, derzufolge man in Colmar private, drahtlose Verbindungen mit dem Pariser Eifelturn entdeckt hat und es sich dabei um offensichtliche Spionage handle, sind wir ermächtigt, folgendes festzustellen: In mehreren Privathäusern haben seit einiger Zeit Wdhklehrer und sonstige Fachmänner Empfangsapparate für drahtlose Telegraphie, also keine Übertragungsapparate, um mit diesen Apparaten die Zeitsignale des Eifelturnes (Feststellung der Mittagshunde) abzunehmen. Für einige dieser Apparate war die Genehmigung der Oberpostdirektion vorhanden, während anderen Besitzer solcher Empfangsstationen, denen die Anzeigepflicht bei der Postbehörde nicht bekannt gewesen ist, erst die Auflage zugeht, die Apparate zu besitzent. Bei der ganzen Angelegenheit handelt es sich lediglich um wissenschaftliche Versuche oder Experimente, die Verbrechen zu dienen hatten. Anzunehmen, daß Spionage vorliege, ist kein Grund vorhanden.

Die Geheimhaltung militärischer Maßnahmen.

* Stuttgart, 10. April. Der Ausschuß des Landesverbandes der Presse Württembergs und Hohenzollerns hat sich mit der Aufforderung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung an die deutsche Presse, militärische Maßnahmen möglichst geheim zu halten, beschäftigt. Der Ausschuß ist einmütig der Auffassung, daß es patriotische Pflicht der deutschen Presse und ihrer Mitarbeiter ist, Mißstände, wie sie sich neuerdings insbesondere bei der Berichterstattung des deutschen Luftschiffwesens tatsächlich gezeigt haben, gründlich zu beseitigen. Er richtet deshalb an die 107 im Landesverband vertretenen württembergischen Zeitungen und Zeitschriften sowie an alle seine Mitglieder die dringende Bitte, sich mit ihm in der Bekämpfung der Sensationslust auch auf diesem Gebiete zu vereinigen und sich diejenige Zurückhaltung auf-

zuerlegen, die im Interesse des Vaterlandes notwendig ist.

Der Charlottenburger Gymnasienmord.
* Berlin, 10. April. In der Morfsache des Gymnasialisten Niemann widerrief das berechnete Dienstmädchen Heinrich ihr erstes Geständnis. In der Sache selbst erscheint übrigens noch vieles unklar. Es soll jetzt die Leiche des jungen Mannes ausgegraben werden.

Das Regierungsjubiläum des Kaisers.

* Königsberg, 10. April. (Priv.-Tel.) Die Stadtverordnetenversammlung nahm nach geheimer Sitzung einen Antrag des Magistrats an, anlässlich des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers ein Kaiser Wilhelm-Wohlfahrtshaus für 175 000 M. zu errichten. Es soll dem Betriebe einer Volkshalle nebst Wärme- oder Speisefaal, je eines Jugendheimes für junge Mädchen und junge Männer nebst einem Vortragssaal, sowie einer geräumigen Straße gewidmet sein.

Das Befinden des Papstes.

* Rom, 10. April. Der Papst verbrachte die Nacht ruhig. Er ruhte ein wenig. Dr. Amici brachte die Nacht nicht, wie in den vorhergehenden Nächten in dem antiken Zimmer, sondern in seinem eigenen Zimmer zu, das sich in einem andern Stockwerk befindet. Heute früh 7.45 Uhr besuchten die Ärzte Marchia Fobi und Dr. Amici den Papst. Der Besuch dauerte bis 8.30 Uhr. Die Ärzte konstatierten, daß die gestern eingetretene Besserung andauere. Der Papst ist fieberfrei, Temperatur 38,6. Seine Schwester und seine Nichte stützten ihm heute kurz nach 8 Uhr einen Besuch ab.

Der Balkankrieg.

Die Lage bessert sich.

m. Wien, 10. April. (Köln. Ztg.) Trotz des Mißbehagens über den Entscheidungsvorschlag und des Ausbleibens der Verhängung der Wlofsade wird hier zugegeben, daß die Lage sich gebessert habe. Man ist jetzt davon unterrichtet, daß Serbien tatsächlich aus Rücksicht auf das Vorgehen der Mächte die Truppenbesatzung nach Stuzari eingezogen und auch Befehl gegeben hat, vor Stuzari die Operationen vorläufig einzustellen. Auch hört man, daß sich Serbien in Cetinje bemühe, König Nikolaus nachgiebig zu stimmen. Schließlich tritt auch das allgemeine Bedürfnis der Balkanstaaten, namentlich Bulgariens, deutlich hervor und verstärkt die Ueberzeugung, daß das Kriegsende nahe sei. Bulgarien sucht freilich für seinen durch den Petersburger Vorschlag auf Betreiben des Dreibundes durchgesetzten Verzicht auf Silistria anderweite Entschädigungen, entweder durch Erwerb der Inseln, welche Thrazien vorgelagert sind oder durch Ausdehnung seiner macedonischen Grenze gegen Westen zu erhalten. Aber da diese Wünsche, deren Forderung übrigens dem Dreibund am Herzen liegt, nur zwischen den Balkanverbündeten ausgetragen sind, betrachtet man sie nicht als Hindernis eines baldigen Friedensschlusses.

Die Einigkeit des europäischen Kongresses.

* London, 10. April. Die „Times“ betont die Einigkeit des europäischen Kongresses. Die Reden Sir Edward Grey und des deutschen Reichskanzlers hätten in allen Kreisen eine ausgezeichnete Wirkung gehabt. Die Reden hätten in Verbindung mit der offenen und loyalen Haltung der russischen Regierung auch in Oesterreich alle plausible Gründe für einen Zweifel an der Haltung der Mächte beseitigt. Alle Kreise in der Doppelmonarchie dürften jetzt sicher sein, daß Europa darauf halten wird, daß seine Beschlüsse respektiert werden. Die „Times“ betont, daß Europa auch in der Beilegung des Konfliktes zwischen Bulgarien und Rumänien Rußland zu Danke verpflichtet sei. Das Blatt schließt mit der Mahnung an die verbündeten Balkanstaaten, daß es die beste Politik für sie sein werde, sich den guten Willen Europas zu sichern, indem sie sich einen Frieden auf der Grundlage, wie Europa diese empfiehlt, geneigt erweisen.

Die Entschädigung für König Nikita.

w. Wien, 10. April. Die Blätter erfahren von unterrichteter Stelle zu den verschiedenen Nachrichten, wonach der König von Montenegro für seinen Verzicht auf Skutari durch territoriale und finanzielle Zugeständnisse entschädigt werden solle, daß sich das Kongress der Großmächte mit dieser Angelegenheit noch nicht beschäftigt hat. Andererseits ist es wohl möglich, daß einzelne Mächte untereinander bereits Besprechungen darüber gepflogen haben. Jedenfalls ist es ganz ausgeschlossen, daß Montenegro eine territoriale Entschädigung auf Kosten Albaniens erhält, dessen Grenzen im Norden und Nordosten bereits endgültig festgelegt worden sind.

□ Berlin, 10. April. (Von unserem Berliner Bureau.) Aus Rom wird gemeldet: Die Londoner Postkammerkassette schlug vor, Montenegro mit einem Gebiet zwischen dem Skutari und dem Bosnien zu entschädigen. Zur Aufstumpfung dieses Gebietes wird Montenegro von Italien, Oesterreich und Italien ein Paradies zu Vorausbedingungen bekommen. Montenegro soll geneigt sein, den Vorschlag anzunehmen.

Der Balkankrieg.

w. Belgrad, 10. April. Die Presse veröffentlicht die Rede des Reichskanzlers ihrem vollen Inhalt nach, ohne vorläufig zu kommentieren. In politischen Kreisen erwecken die Erklärungen des Reichskanzlers allerdings großes Interesse. Sie werden als gewichtiges politisches Ereignis beurteilt.

Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“

Mannheimer Effekten-Börse

Table with columns for Obligationen, Aktien, and various bank/insurance stocks. Includes entries like Pfandbriefe, Staatspapiere, and various company shares.

Aktien Industrieller Unternehmen

Table listing industrial stocks such as Aluminol, Aschberg, and various manufacturing companies with their respective prices.

Wien, 10. April, Nachm. 1.30 Uhr

Table of stock prices from Vienna, including entries for Kreditaktien, Oesterreich-Ung., and other securities.

Budapester Produktenbörse

Table of commodity prices from Budapest, including wheat, flour, and other goods.

Liverpooler Produktenbörse

Table of commodity prices from Liverpool, including various types of cotton and wool.

Berliner Effekten-Börse

Table of stock prices from Berlin, including entries for Kreditaktien, Oesterreich-Komm., and other securities.

Anfangskurse

Table of opening prices for various commodities and securities, including sugar, coffee, and cotton.

Frankfurter Effekten-Börse

Table of stock prices from Frankfurt, including entries for Kreditaktien, Oesterreich-Komm., and other securities.

Ausländische Effekten-Börsen

Table of foreign stock exchange prices, including London, Paris, and other international markets.

Produkten-Börsen

Table of commodity prices from various international markets, including wheat, oil, and other goods.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Table listing various commodities and their prices, including sugar, coffee, and other goods.

Bank- und Versicherungs-Aktien

Table of bank and insurance stocks, including entries for various financial institutions.

Wiener Effekten-Börse

Table of stock prices from Vienna, including entries for Kreditaktien, Oesterreich-Komm., and other securities.

Berliner Produktenbörse

Table of commodity prices from Berlin, including various types of cotton and wool.

Schiffstelegramme des Norddeutschen Lloyd, Bremen

Table of shipping telegrams from the Norddeutscher Lloyd, listing ship names, destinations, and departure times.

Advertisement for 'MARCHIVUM' featuring various products like Verlezen, Ankauf, Verkauf, and Stühle.

Ebdenridy - ungarischer Verkehr.
Der nach untenm Aufſchreiben vom 18. März 1913 am 1. Juni 1913 in Kraft tretende Teil II. Heft A (Kontingenzregeln) gilt auch für die Abfahrten über den 1. Juni 1913 hinaus geltenden Wäſter und Tickete des ſüd-deuſch-öſterreichiſch-ungariſchen Eifenbahnverbandes (Verkehr mit Ungarn). Karlsruhe, 8. April 1913. Dr. Generaldirektion der Staatſeifenbahnen. 80479

Zwangsverſteigerung.
Freitag, 11. April 1913, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Räftral, am Rathaus, beim an Ort u. Stelle gegen bare Zahlung im Vollſtreckungswege öffentlich verſteigern:
2 Hef Wein mit ca. 1200 Liter Wein. Möbel und Sonſtiges. 80740
Mannheim, 10. April 1913. Günter, Gerichtsvollzieh.

Zwangsverſteigerung.
Freitag, 11. April 1913, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Plandhof Q 6, 2 hier geg. bare Zahlung im Vollſtreckungswege öffentlich verſteigern:
2 Schreibräuh, 1 Gifenſcherator, 2 Pferde, 1 Verſton, 1 Hosenſcherator, 1 Hosenſcherator, 1 Partie Hanholz, Diefen und Gerüſtwerk, Möbel und Sonſtiges. Sommer, Gerichtsvollzieh. 80739

Vermiſchtes
Meines Niſtes Große Chancen.
Dem Erfinder einer vielverſprechenden landwirtsſchaftlichen Vorrichtung ſind die Mittel zur Verwirklichung der Modelle und Patentanmeldung. Wer rüſt einige hundert Mark? Angebots n. K. S. 15121 u. d. Gg. d. St. erſtehen

Zum Backen und Kochen für Diabetiker
Studis Diätſchrot
Magen und Darmkrankheiten
in 2. u. 12. K. 5. 30. 10. 10.
Städt. Greinhauſe, K. 10. 10. 10. 10.
Stets friſch bei:
Fr. Weyand, Delik., C. 1. 13. Tel. 320. 79265
Jac. Schick, Delik., C. 1. 4. Tel. 194.
N. Freß, Butier u. Käſe, P. 2. 6. Tel. 2278
Franz Flügler, Colow. u. Delik., Mittelſtraße 24, Tel. 1788.

Stellen finden
Für Büro eines großen Fabrikgeſchäftes wird zum alsbaldigen Eintritt ein
ig. Kommis
für
Stenographie und Maſchinſchreiben geſucht. Einige Kenntniſſe d. Franzöſiſchen und evtl. des Engliſchen erwünſcht.
Offerten mit Referenzen und Gehaltsanſprüchen unter No. 80726 an die Expedition d. Blattes.
Lebliches älteres
Gausmädchen
geſucht per 1. Mai evtl. auch früher D. G. 18, 80, 50
Befehres Mädchen
für kleine Familie per 15. April geſucht, Preisbeſcheid 30 A, 4. Etod. 80761
Wer 1. Mai wird ein
ordentlich. Mädchen
für Haushalt, ſuchen kann, gefu. 80763
1 ordentl. Mädchen
für ſofort gef. Bezu. erm. U. 4. 18. Baden. 14078

Stellen ſuchen
Kaufmann
ucht Stell. als Buchhalter, Reviſor, Exped. od. ſonſt. in Kaufm. Beſ. ev. auch in ſonſt. Beſ. gef. Bezu. ſon. Bezu. 80762
Wer 1. Mai wird ein
ordentlich. Mädchen
für Haushalt, ſuchen kann, gefu. 80763
1 ordentl. Mädchen
für ſofort gef. Bezu. erm. U. 4. 18. Baden. 14078

C. W. WANNER
Haus erſten Ranges für
ENGLISCHE DAMEN-COSTUMES
REITKLEIDER
NACH MASS
Die Neuheiten für Frühjahr und Sommer in
ENGLISCHENDAMEN-STOFFEN
sind in prachtvoller enormer Auswahl eingetroffen.
Nur gute engliſche Stoffqualitäten, eleganteste choike Verarbeitung, bei billigen Preiſen.
Original-Modelle allererſter Modell-Häuser von
LONDON — PARIS
ſtehen den verehrten Damen bei der Auswahl von Mass-Costumes ſämtlich zur Verfügung.
MASS-ORDRES bitte möglichſt jetzt ſchon aufzugeben.
Ich bitte um geneigtes Wohlwollen und gütigen Beſuch.

C. W. WANNER
C.W.W. MANNHEIM M 1, 1.

Eine Delikatesse für Jedermann
ist
Salat
mit der geſetzlich geſchützten Spezial-Marke
Edelweiss-Tafel-Oel
zubereitet per Liter 95 Pfg.
Oliven-Oel
ist eingetroffen per Liter Mk. 2.10
Essig zu Fabrikpreiſen.
Frucht-Eſſig per Liter 9 Pfg.
Tafel-Eſſig per Liter 16 Pfg.
Doppel-Eſſig per Liter 17 Pfg.
Wein-Eſſig per Liter 24 Pfg.
Abgabe von 3 Liter aufwärts.
Oel-Centrale
Telephon 2104 B 1, 7a

Honig — Kirſchwaffer
der Badiſchen Landwirtschaftskammer.
Der Markt findet durch die Verkaufsstelle Mannheim, am Mittwoch, 9., Donnerstag, 10. und Freitag, 11. April im Wilden Mann, N 9, 12, hert. 80425

Mietgeſuche
Geſucht
3 Zimmerwohnung mit 2 Manſarden oder 4 Zimm. mit 1 Manſarde mögl. mit Bad per ſof. oder 15. April. OS mit Preisangabe unter 80708 an die Gg. d. Blattes.
Bereitschaftige Stagen-Wohnung
9 Zimmer u. Zub., aber Villa mit Garten, ſtill. Stadtlage, für Sommer od. Herbst geſucht. OS u. Nr. 15130 an die Exped. d. Bl.

Werkſtätte
N 4, 7 Werkſtätte oder Lagerhaus z. r. 10/10

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine unvergeſſliche Tochter und Mutter, unſere innigſtegeliebte Schweſter und Schwägerin, Frau
Anna Kiſt, geb. Sackmann
heute nachmittags 2 Uhr nach langem ſchwerem Leiden im Alter von 23 Jahren ſanft verſchieden iſt.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Dorothea Sackmann Wwe.
MANNHEIM (J 3, 3), den 9. April 1913.
Die Beerdigung findet Freitag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr von der Friedhofskapelle aus ſtatt.

Todes-Anzeige.
Nach langem, ſchwerem Leiden, wurde unſere geliebte Tochter und Schweſter, Fräulein
Jakobine Walter
in die ewige Heimat abgerufen.
MANNHEIM (U 4, 4), den 9. April 1913.
Familie Walter.
Die Beerdigung findet Freitag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr von der Lohſenſtraße aus ſtatt.
Samstag, den 12. April 1913, wird um 9, 10 Uhr in der unteren Pfarrkirche ein Seelenamt für die Verſtorbene gehalten. 15122
(Statt beſonderer Anzeige).

Statt beſonderer Anzeig!
Teilnehmenden Freunden und Bekann-ten bringen wir ſchmerzhaft zur Kennt-nis, daß unſer lieber Sohn und Bruder
Georg
am 26. Februar in Bolivien (Südamerika) einem ſchweren Fieber zum Opfer gefal-len iſt. 80483
Georg Hellmut
u. Kinder Carola u. Otto
Mannheim-Buenos-Aires 10. April 1913.
Condoleanzbeſuche dankend verboten.

Grundſtücks-Zwangsverſteigerung.
Das in Mannheim, Stadthorſtraße 11a, belegene nachſtehend beſchriebene Grundſtück ſoll am Freitag, den 18. April 1913, vormittags 9½ Uhr durch das unterſchriebene Notariat in deſſen Dienſträumen Q 6, 1. Etod. in Mannheim öffentlich ver-ſteigert werden.
Kitteneigentiſch und Ausfuhr uneneigentlich bei dem Notariat.
Grundbuch Band 28, Heft 6, Fol. Nr. 160m, 1 ar 99 am Oſtrate. Hierauf ſteht ein zweifaches Wohnhaus mit Gärten und Treppenaufbau, unbelastet geſchätzt auf: 23 000 A. 80474
Mannheim, den 4. April 1913.
Groß. Notariat 8 als Vollſtreckungsgericht.

Gustav Müller
Rob. Kohllöffel & Co., Nachfl.
Tel. 6619. Mannheim Tel. 6619
Bureau Parkring 2a. Lager Industriestr. 1.
Alleinaufkäufer der Firma
Th. Goldſchmidt, A.-G., Eſſen
29618
gebrauchten Konservendosen, Milchkannen, Molkerei-Utensilien und andere aus Weißblech hergeſtellte Gegenstände ähnlicher Form und Beſchaffenheit.
Ankauf, ſelbſt der kleinsten Mengen, bei freier Lagerlieferung zu guten Preiſen.

Zwangsverſteigerung.
Am Samstag, den 12. d. M., vormittags 10 Uhr, verſteigere ich Gut-leutſtraße:
16 ſchwere Arbeitspferde
nebst Geſchirren
17 ein- und zweipänn. Kohlenwagen
8 zweipänn. Grundwagen
5 Britiſchenwagen
1 Bloßwagen
Öffentlich meiſtbietend gegen gleich bare Zahlung. Treffpunkt für Kaufliebhaber Endſtation der Trambahnlinie 13, Gutleut raße. 18702
Frankfurt a. M., den 9. April 1913.
Maul, Gerichtsvollzieh.

Lüchtige kautionsfähige Wirtsleute
per 1. Juli 1913 für das Lokal „Mit Redar-thor“, J 1, 3/4 (Rouinger Bier) geſucht. Geſt. Offert. nur. Nr. 80484 an die Exped.

Luifenring 5
Wohnung: 14044
Eine ca. 50 qm große
Page a. d. Weißenhofſtraße

Luifenring 60
3 Zimmer, Küche u. Bad,
per 1. Mai zu verm. Zu
erſt. Luifenring 61 1 Et.

Lutherſtr. 25 3. Etod.
3 Zimmer u. Küche
zu vermieten. 14538

Langſtr. 31 Schöne 3-Zim-
merwohnung mit Bad
zu vermieten. 14538

H. Langſtr. 34 Etod.
Wohnung mit Bad und
Manſarde, 4 Zimmer in
5. Etod. per 1. Mai oder
ſpäter zu verm. Röhre
dabei 5 Et. od. L 15, 10.
Baden. 41577

Heim. Langſtr. 12
(a. Hauptbahnhof u. Wohn-
wohnort) elegante, neu
zeitl. ausgestattete 5 Zim-
merwohnung, auch für
Bürozuwecke geeignet,
auf 1. Juli zu ver-
mieten. 40487
H. Büro Gr. Weip-
ſtraße 6. (Teleph. 1417)

H. Langſtr. 28
2. Et., 3 Zimmer, Küche,
Bad u. Zubehör per ſofort
oder ſpäter zu verm. H. B.
H. Langſtr. 28. Tel. 2067.
14062

Mollſtraße 30
3-Zimmerwohnung mit Bad,
Speiſekammer und reichl.
Zubehör zu verm. 40478
H. B. III. Etod. H. B. 10.
R. 3. 2. Tel. 2035.

Bay-Josephſtraße 5
ſchöne modern ausgestatt.
4-Zimmer-Wohnung mit
per. Manſarde, Bad, Spei-
ſekammer, Manſarde, etc.
per 1. Juli 1913 zu verm.
H. B. 10. 14173

Meerſtraße 63
part. ſchöne 3-Zimmer-
Wohn. mit Bad u. Speiſek.
auf 1. Juli zu verm. 41557
Zu erſt. 1. Trepp. bad.

Oſtſtadt.
Richard Wagnerſtr. 17
Modern auf geſtattete
5 u. 6 Zim.-Wohnung.
Ziele, Zentralheizung,
Wärmehaushalt, ſonſt.
mit allem Zubehör per
1. Juli zu vermieten.
H. B. 10. 14173
Weipſtr. 6. Tel. 388.
41554

Oſtſtadt
herrſchaftliche 6
Zim. nebst reichl. Zubeh.
elett. Licht, neuhergeſt.
per ſofort zu verm. 40486

Oſtſtadt
herrſchaftliche Wohn-
ung 6 Zimmer, Bad, Küche,
Manſarde u. Zubehör per
ſofort zu vermieten.
H. B. 10. 14173
H. B. 10. 14173

Oſtſtadt
herrſchaftliche 7-
Zimmerwohnung mit
Speiſekammer, Bad, 3 Man-
ſarden u. Zubehör evtl. mit
Garten per ſofort oder 1.
Juli preisw. zu verm.
H. B. 10. 14173

Augusta-Anlage 17
ſchöne 5 Zim.-Wohnung mit
Zubehör an 11. Familie
zu vermieten. 41522

Rosengartenſtr. 17
2. Et., 6 Zimmer mit Zu-
behör (m. vollſtändig neu
hergeſt.) u. 1. Juli oder
früher zu verm. 41521

Rosengartenſtr. 17
part., 6 Zimmer mit Zu-
behör und 3 Sonnenterr-
rassen (für Büro) ſofort
oder ſpäter zu vermieten.
H. B. 2. Et. Tel. 2992. 100

8-Zimmer-Wohnung
mit vollſt. Zubehör, Bad,
Speiſekammer, Manſarden, etc.
per ſofort
preiswert zu verm. 40004
E. Wiſcher-Winkel.

2 Zimmer u. Küche
an ruhige Stelle zu verm.
H. B. 10. 14173

Möbl. Zimmer
L 2, 12 a. Et. 2. gel.
ſchöne möbl. Zimmer,
elett. Licht, evtl. Man-
ſarde, Speiſekammer an ruh.
Stelle zu verm. 14531

M 2, 1 1 Zim. m. 3 Zim.
11/12 ev. Verſ. u. w. 14531
ſof. zu verm. 14531

Minderhofſtr. 84, III.
gut möbl. Zim. evtl. mit
Manſarde zu verm. 14531

Hederau, Schillerſtr. 64.
gut möbl. Wohnzimmer an
ruh. Stelle zu verm. 14531
Zu erſt. im Baden. 14531

L 2, 12 a. Et. 2. gel.
ſchöne möbl. Zimmer,
elett. Licht, evtl. Man-
ſarde, Speiſekammer an ruh.
Stelle zu verm. 14531

M 2, 1 1 Zim. m. 3 Zim.
11/12 ev. Verſ. u. w. 14531
ſof. zu verm. 14531

Minderhofſtr. 84, III.
gut möbl. Zim. evtl. mit
Manſarde zu verm. 14531

Hederau, Schillerſtr. 64.
gut möbl. Wohnzimmer an
ruh. Stelle zu verm. 14531
Zu erſt. im Baden. 14531

L 2, 12 a. Et. 2. gel.
ſchöne möbl. Zimmer,
elett. Licht, evtl. Man-
ſarde, Speiſekammer an ruh.
Stelle zu verm. 14531